

Inhaltsverzeichnis

1. SPD	
2. Seitenwechsler im Überblick	
3. LobbyControl	
4. Lobbyregister	
5. Karenzzeit	
6. Nebeneinkünfte von Abgeordneten	
7. Lobbyisten in Ministerien	
8. Partesponsoring	
9. Gesamtmetall	
10. Daimler	
11. BMW	
12. VCI	

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Parteivorsitzende/r [Sigmar Gabriel](#)

GeneralsekretärIn [Andrea Nahles](#)

Hauptsitz Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße
140, 10963 Berlin

Mitglieder ca. 472.500 (Stand: August 2013)^[1]

Webadresse <http://www.spd.de>

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	2
1.1 Seitenwechsler	2
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	3
2 Wahlprüfsteine 2013	3
2.1 Lobbyregister	3
2.2 Karenzzeit	3
2.3 Parteienfinanzierung	4
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	4
2.5 Abgeordnetenbestechung	4
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	4
2.7 Wahlprüfsteine 2009	4
3 Parteifinanzierung	5
4 SPD	6
5 Weiterführende Informationen	7
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	7
7 Einzelnachweise	7

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern der SPD, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Im Kapitel zum Thema Demokratie geht das [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) auf alle unsere Themen ein (S. 96). Danach schlägt die SPD vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- einen Verhaltenskodex, nach dem neue Tätigkeiten von ausscheidenden Regierungsmitgliedern durch eine Ethikkommission genehmigt werden müssen.
- Parteienfinanzierung: Deckelung von Großspenden auf 100.000 Euro, Partesponsoring offenlegen
- Nebeneinkünfte: auf Euro und Cent offenlegen.
- Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung erweitern.
- Einführung einer „legislativen Fußspur“: bei Gesetzen soll offen gelegt werden, wie * externe Berater an der Ausarbeitung beteiligt waren.

Über externe Mitarbeiter in Ministerien soll ein jährlicher Bericht Transparenz schaffen (Anm.: Die Berichte sind bisher nicht öffentlich.)

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die SPD fordert ein verpflichtendes Lobbyistenregister. Erfreulich ist das klare Bekenntnis, ein verpflichtendes Lobbyregister schaffen zu wollen.

Karenzzeit

Während einer [Karenzzeit](#) von 18 Monaten sollen neue Jobs von Ex-Regierungsmitgliedern von einer Ethikkommission genehmigt werden. Vorbild ist der Kodex der EU-Kommission. Positiv ist, dass die SPD eine Karenzzeit einführen will. Allerdings können Regierungsmitglieder auch in dieser Zeit neue Jobs annehmen, wenn die geplante Ethikkommission diese genehmigt. Die Wirksamkeit der Regelung hängt also davon ab, wie strikt diese Kommission die Fälle prüfen wird. Wenn die EU-Regelung übernommen wird, dürften ausscheidende Regierungsmitglieder in diesen 18 Monaten immerhin keine Lobbyarbeit betreiben, die ihren ehemaligen Zuständigkeitsbereich betrifft. Insgesamt wäre der SPD-Vorschlag eine Verbesserung – aber er bleibt hinter den LobbyControl-Forderungen zurück.

Parteienfinanzierung

Die SPD will die sofortige Offenlegung von Großspenden ab 25.000 Euro (bisher 50.000 Euro). Außerdem soll es eine Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Jahr für Spenden geben. Das Parteisponsoring soll im Rechenschaftsbericht aufgeführt werden. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD mehr Transparenz und eine Obergrenze für Spenden (allerdings doppelt so hoch wie unser Vorschlag). Allerdings soll die Veröffentlichungsschwelle für Großspenden nur halbiert werden. Und zur Absenkung der Veröffentlichungsschwelle in den Rechenschaftsberichten bezieht die SPD keine Stellung.

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Nebeneinkünfte von Abgeordneten will die SPD betragsgenau veröffentlichen. Anwälte/Berater sollen die Branchen ihrer Kunden nennen. Bei Vorträgen, die über Redneragenturen gebucht werden, sollen die Auftraggeber offen gelegt werden. Bei den Nebeneinkünften unterstützt die SPD unsere Forderungen.

Abgeordnetenbestechung

Die SPD hält eine umfassendere Regelung für dringend erforderlich. Die SPD hat bereits einen Gesetzesentwurf vorgelegt und wird diesen nach der Wahl erneut einbringen. Die SPD hat einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorlegt. Das begrüßen wir.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die SPD unterstützt die meisten Forderungen von LobbyControl. An einzelnen Punkten gibt es aber Abweichungen: Der Vorschlag für Seitenwechsel von Regierungsmitgliedern ist begrenzter. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD eine Obergrenze und die Offenlegung von Sponsoring. Bei den Parteispenden will sie aber nur kleine Transparenzfortschritte.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- Karenzzeit:

Eine solche Karenzzeit müsste in Einklang mit der Berufsfreiheit nach Art. 12 des Grundgesetzes stehen, denn auch ehemalige Minister und Staatssekretäre müssen die Möglichkeit haben, nach Verlust ihrer Ämter wieder in ihre erlernten Berufe zurückzukehren, um mit eigenen Anstrengungen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Da die Öffentlichkeit erwartet, dass Minister und parlamentarische Staatssekretäre, die ihr Amt jederzeit verlieren können, alsbald wieder von eigener Berufstätigkeit leben, hat die SPD in dieser Wahlperiode die Übergangsgelder auf eine Dauer von sechs Monaten bis zu zwei Jahren beschränkt. Damit wäre eine längere umfassende Tätigkeitsbeschränkung kaum zu vereinbaren. Angesichts möglicher finanzieller Folgen ist zu prüfen, ob die mit einer Karenzzeit angestrebten Zwecke mit vertretbarem Aufwand zu erreichen sind. Die Erstreckung der vorgeschlagenen Regelung auf Referatsleiter, die die unterste Führungsebene der Ministerialverwaltung darstellen, erscheint überzogen.

- Lobbyisten in Ministerien:

Manche Bestimmungen der Verwaltungsvorschriften könnten strenger gefasst werden. Die Bezahlung von Mitarbeitern durch die entsendende Stelle ist nicht bedenklich, wenn der allgemeine Wissensaustausch im Vordergrund der Tätigkeit steht und nicht die Dienstleistung für die Behörde. Die Berichte des Bundesministeriums werden aufmerksam verfolgt und es wird sich für eine lückenlose und genaue Berichterstattung eingesetzt. Die Berichte sollen auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Anwendungsbereich der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift sollte auch auf befristete Arbeitsverhältnisse erstreckt werden, wenn sie eine Dauer von drei Monaten überschreiten und die externe Person nur beurlaubt ist oder über eine Wiedereinstellungszusage des bisherigen Arbeitgebers verfügt.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die 2005 verschärften Transparenzregeln stehen in einem Spannungsverhältnis zu dem Grundrecht der Berufsfreiheit und der informationellen Selbstbestimmung, sowie zum verfassungsrechtlich festgelegten Status des freien Mandats. Die SPD ist der Ansicht, dass die Verhaltensregeln überarbeitet werden sollten. Dabei sollten insbesondere die Stufen für die Angabe der Nebeneinkünfte ausgebaut und erhöht werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die SPD positioniert sich klar für die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters. Bei den anderen Fragen bleibt sie eher vage oder hinter den Forderungen von LobbyControl zurück. ^[4]

Parteifinanzierung

Die SPD erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 58.597.546,03 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der SPD in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	500.000 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall und Elektroindustrie
Daimler	600.000 €	

Evonik	360.00 0 €	
BMW	324.22 5 €	
VCI	269.00 0 €	

Weitere Spender der SPD sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen der SPD** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

SPD

Die Einnahmen der letzten Jahre setzten sich wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2015		2014		2013		2012		2011		2010	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,5 8	30,6 2	49,9 8	30,8 9	49,5 6	30,2 1	49,0 8	32, 4	47, 5	30, 5	45, 7	31, 1
Mandatsträgerbeiträge	25,4 2	16,2 1	24,4 6	15,1 1	23,6 2	14,3 5	23,0 4	15,2 2	22,6 3	14,5 4	22, 4	15, 2
Spenden von natürlichen Personen	8,0 2	5,1 2	12,5 8	7,7 7	12,0 5	7,3 3	8, 5	5,6 5	9, 6	6,1 7	7, 8	5, 3
Spenden von juristischen Personen	1,7 8	1,1 5	1, 9	1,2 9	2, 9	1,7 7	1, 9	1,2 9	2, 5	1,6 0	1, 7	1, 2
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2,1 8	1,3 9	2,1 3	1,3 2	3, 2	1,9 3	2, 7	1, 8	8, 2	5,2 5	8, 2	5, 5
Aus sonstigem Vermögen	6,8 0	4,3 4	7,7 1	4,7 6	9,0 9	5,5 2	7,3 4	4, 9	8, 8	5,6 7	8, 2	5, 6
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,3 5	7,8 7	12,7 9	7,9 1	15,2 5	9,2 7	12,6 1	8, 3	13, 7	8,7 8	13, 0	8, 8
Staatliche Mittel	50,0 8	31,9 3	48,6 5	30,0 6	47, 9	29,1 1	45, 6	30, 1	42, 4	27,2 4	39, 0	26, 5
Sonstige	0,5 8	0,3 7	0,9 9	0,6 1	0,9 6	0,5 8	0,5 4	0,3 6	0, 4	0,2 5	1, 2	0, 8
Summe	156,84 Mio €		161,83 Mio €		164,6 Mio €		151,4 Mio €		155,7 Mio €		147,1 Mio €	

	2012	2011	2010	2009	2008
--	-------------	-------------	-------------	-------------	-------------

Art der Einnahmen	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,08	32,4	47,5	30,5	45,7	31,1	46,0	26,6	46,7	27,9
Mandatsträgerbeiträge	23,04	15,22	22,63	14,54	22,4	15,2	22,3	12,9	22,2	13,2
Spenden von natürlichen Personen	8,5	5,65	9,6	6,17	7,8	5,3	14,5	8,4	10,3	6,1
Spenden von juristischen Personen	1,9	1,29	2,5	1,60	1,7	1,2	4,2	2,4	2,7	1,6
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2,7	1,8	8,2	5,25	8,2	5,5	10,1	5,9	11,9	7,1
Aus sonstigem Vermögen	7,34	4,9	8,8	5,67	8,2	5,6	10,9	6,3	10,7	6,4
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,61	8,3	13,7	8,78	13,0	8,8	18,0	10,4	14,2	8,5
Staatliche Mittel	45,6	30,1	42,4	27,24	39,0	26,5	39,6	22,9	43,5	26,0
Sonstige	0,54	0,36	0,4	0,25	1,2	0,8	7,6	4,4	5,4	3,2
Summe		151,4		155,7 Mio €		147,1 Mio €		173,3 Mio €		167,5 Mio €

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Bei Mitgliederzahlen der Parteien liegt SPD vor CDU](#), Spiegel online vom 16.08.2013, abgerufen am 29. August 2013

2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Parteivorsitzende/r [Sigmar Gabriel](#)

GeneralsekretärIn [Andrea Nahles](#)

Hauptsitz Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße
140, 10963 Berlin

Mitglieder ca. 472.500 (Stand: August 2013)^[1]

Webadresse <http://www.spd.de>

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	9
1.1 Seitenwechsler	9
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	9
2 Wahlprüfsteine 2013	9
2.1 Lobbyregister	9
2.2 Karenzzeit	9
2.3 Parteienfinanzierung	10
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	10
2.5 Abgeordnetenbestechung	10
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	10
2.7 Wahlprüfsteine 2009	10
3 Parteifinanzierung	11
4 SPD	12
5 Weiterführende Informationen	13
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	13
7 Einzelnachweise	13

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern der SPD, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Im Kapitel zum Thema Demokratie geht das [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) auf alle unsere Themen ein (S. 96). Danach schlägt die SPD vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- einen Verhaltenskodex, nach dem neue Tätigkeiten von ausscheidenden Regierungsmitgliedern durch eine Ethikkommission genehmigt werden müssen.
- Parteienfinanzierung: Deckelung von Großspenden auf 100.000 Euro, Partesponsoring offenlegen
- Nebeneinkünfte: auf Euro und Cent offenlegen.
- Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung erweitern.
- Einführung einer „legislativen Fußspur“: bei Gesetzen soll offen gelegt werden, wie * externe Berater an der Ausarbeitung beteiligt waren.

Über externe Mitarbeiter in Ministerien soll ein jährlicher Bericht Transparenz schaffen (Anm.: Die Berichte sind bisher nicht öffentlich.)

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die SPD fordert ein verpflichtendes Lobbyistenregister. Erfreulich ist das klare Bekenntnis, ein verpflichtendes Lobbyregister schaffen zu wollen.

Karenzzeit

Während einer [Karenzzeit](#) von 18 Monaten sollen neue Jobs von Ex-Regierungsmitgliedern von einer Ethikkommission genehmigt werden. Vorbild ist der Kodex der EU-Kommission. Positiv ist, dass die SPD eine Karenzzeit einführen will. Allerdings können Regierungsmitglieder auch in dieser Zeit neue Jobs annehmen, wenn die geplante Ethikkommission diese genehmigt. Die Wirksamkeit der Regelung hängt also davon ab, wie strikt diese Kommission die Fälle prüfen wird. Wenn die EU-Regelung übernommen wird, dürften ausscheidende Regierungsmitglieder in diesen 18 Monaten immerhin keine Lobbyarbeit betreiben, die ihren ehemaligen Zuständigkeitsbereich betrifft. Insgesamt wäre der SPD-Vorschlag eine Verbesserung – aber er bleibt hinter den LobbyControl-Forderungen zurück.

Parteienfinanzierung

Die SPD will die sofortige Offenlegung von Großspenden ab 25.000 Euro (bisher 50.000 Euro). Außerdem soll es eine Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Jahr für Spenden geben. Das Parteisponsoring soll im Rechenschaftsbericht aufgeführt werden. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD mehr Transparenz und eine Obergrenze für Spenden (allerdings doppelt so hoch wie unser Vorschlag). Allerdings soll die Veröffentlichungsschwelle für Großspenden nur halbiert werden. Und zur Absenkung der Veröffentlichungsschwelle in den Rechenschaftsberichten bezieht die SPD keine Stellung.

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Nebeninkünfte von Abgeordneten will die SPD betragsgenau veröffentlichen. Anwälte/Berater sollen die Branchen ihrer Kunden nennen. Bei Vorträgen, die über Redneragenturen gebucht werden, sollen die Auftraggeber offen gelegt werden. Bei den Nebeninkünften unterstützt die SPD unsere Forderungen.

Abgeordnetenbestechung

Die SPD hält eine umfassendere Regelung für dringend erforderlich. Die SPD hat bereits einen Gesetzesentwurf vorgelegt und wird diesen nach der Wahl erneut einbringen. Die SPD hat einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorlegt. Das begrüßen wir.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die SPD unterstützt die meisten Forderungen von LobbyControl. An einzelnen Punkten gibt es aber Abweichungen: Der Vorschlag für Seitenwechsel von Regierungsmitgliedern ist begrenzter. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD eine Obergrenze und die Offenlegung von Sponsoring. Bei den Parteispenden will sie aber nur kleine Transparenzfortschritte.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- **Karenzzeit:**

Eine solche Karenzzeit müsste in Einklang mit der Berufsfreiheit nach Art. 12 des Grundgesetzes stehen, denn auch ehemalige Minister und Staatssekretäre müssen die Möglichkeit haben, nach Verlust ihrer Ämter wieder in ihre erlernten Berufe zurückzukehren, um mit eigenen Anstrengungen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Da die Öffentlichkeit erwartet, dass Minister und parlamentarische Staatssekretäre, die ihr Amt jederzeit verlieren können, alsbald wieder von eigener Berufstätigkeit leben, hat die SPD in dieser Wahlperiode die Übergangsgelder auf eine Dauer von sechs Monaten bis zu zwei Jahren beschränkt. Damit wäre eine längere umfassende Tätigkeitsbeschränkung kaum zu vereinbaren. Angesichts möglicher finanzieller Folgen ist zu prüfen, ob die mit einer Karenzzeit angestrebten Zwecke mit vertretbarem Aufwand zu erreichen sind. Die Erstreckung der vorgeschlagenen Regelung auf Referatsleiter, die die unterste Führungsebene der Ministerialverwaltung darstellen, erscheint überzogen.

- **Lobbyisten in Ministerien:**

Manche Bestimmungen der Verwaltungsvorschriften könnten strenger gefasst werden. Die Bezahlung von Mitarbeitern durch die entsendende Stelle ist nicht bedenklich, wenn der allgemeine Wissensaustausch im Vordergrund der Tätigkeit steht und nicht die Dienstleistung für die Behörde. Die Berichte des Bundesministeriums werden aufmerksam verfolgt und es wird sich für eine lückenlose und genaue Berichterstattung eingesetzt. Die Berichte sollen auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Anwendungsbereich der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift sollte auch auf befristete Arbeitsverhältnisse erstreckt werden, wenn sie eine Dauer von drei Monaten überschreiten und die externe Person nur beurlaubt ist oder über eine Wiedereinstellungszusage des bisherigen Arbeitgebers verfügt.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die 2005 verschärften Transparenzregeln stehen in einem Spannungsverhältnis zu dem Grundrecht der Berufsfreiheit und der informationellen Selbstbestimmung, sowie zum verfassungsrechtlich festgelegten Status des freien Mandats. Die SPD ist der Ansicht, dass die Verhaltensregeln überarbeitet werden sollten. Dabei sollten insbesondere die Stufen für die Angabe der Nebeneinkünfte ausgebaut und erhöht werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die SPD positioniert sich klar für die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters. Bei den anderen Fragen bleibt sie eher vage oder hinter den Forderungen von LobbyControl zurück. ^[4]

Parteifinanzierung

Die SPD erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 58.597.546,03 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der SPD in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	500.00 0 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall und Elektroindustrie
Daimler	600.00 0 €	
Evonik	360.00 0 €	
BMW	324.22 5 €	
VCI	269.00 0 €	

Weitere Spender der SPD sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen der SPD** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

SPD

Die Einnahmen der letzten Jahre setzten sich wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2015		2014		2013		2012		2011		2010	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,58	30,62	49,98	30,89	49,56	30,21	49,08	32,44	47,55	30,55	45,77	31,11
Mandatsträgerbeiträge	25,42	16,21	24,46	15,11	23,62	14,35	23,04	15,22	22,63	14,54	22,44	15,22
Spenden von natürlichen Personen	8,02	5,12	12,58	7,77	12,05	7,33	8,55	5,65	9,66	6,17	7,88	5,33
Spenden von juristischen Personen	1,78	1,15	1,99	1,29	2,99	1,77	1,99	1,29	2,55	1,60	1,77	1,22
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2,18	1,39	2,13	1,32	3,22	1,93	2,78	1,88	8,25	5,25	8,25	5,55
Aus sonstigem Vermögen	6,80	4,34	7,71	4,76	9,09	5,52	7,34	4,99	8,88	5,67	8,26	5,66
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,35	7,87	12,79	7,91	15,25	9,27	12,61	8,33	13,77	8,78	13,00	8,88
Staatliche Mittel	50,08	31,93	48,65	30,06	47,99	29,11	45,66	30,11	42,44	27,24	39,00	26,55
Sonstige	0,58	0,37	0,99	0,61	0,96	0,58	0,54	0,36	0,44	0,25	1,22	0,88
Summe	156,84 Mio €		161,83 Mio €		164,6 Mio €		151,4 Mio €		155,7 Mio €		147,1 Mio €	

Art der Einnahmen	2012		2011		2010		2009		2008	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,08	32,44	47,55	30,55	45,77	31,11	46,06	26,66	46,77	27,99
Mandatsträgerbeiträge	23,04	15,22	22,63	14,54	22,44	15,22	22,33	12,99	22,22	13,22
Spenden von natürlichen Personen	8,55	5,65	9,66	6,17	7,88	5,33	14,55	8,44	10,33	6,11

Spenden von juristischen Personen	1,9	1,29	2,5	1,60	1,7	1,2	4,2	2,4	2,7	1,6
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2,7	1,8	8,2	5,25	8,2	5,5	10,1	5,9	11,9	7,1
Aus sonstigem Vermögen	7,34	4,9	8,8	5,67	8,2	5,6	10,9	6,3	10,7	6,4
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,61	8,3	13,7	8,78	13,0	8,8	18,0	10,4	14,2	8,5
Staatliche Mittel	45,6	30,1	42,4	27,24	39,0	26,5	39,6	22,9	43,5	26,0
Sonstige	0,54	0,36	0,4	0,25	1,2	0,8	7,6	4,4	5,4	3,2
Summe		151,4	155,7 Mio €	147,1 Mio €	173,3 Mio €	167,5 Mio €				

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der **Finanzierung aller Parteien im Bundestag**.

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Bei Mitgliederzahlen der Parteien liegt SPD vor CDU](#), Spiegel online vom 16.08.2013, abgerufen am 29. August 2013
2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Parteivorsitzende/r [Sigmar Gabriel](#)

GeneralsekretärIn [Andrea Nahles](#)

Hauptsitz Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße
140, 10963 Berlin

Mitglieder ca. 472.500 (Stand: August 2013)^[1]

Webadresse <http://www.spd.de>

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	14
1.1 Seitenwechsler	14
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	15
2 Wahlprüfsteine 2013	15
2.1 Lobbyregister	15
2.2 Karenzzeit	15
2.3 Parteienfinanzierung	16
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	16
2.5 Abgeordnetenbestechung	16
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	16
2.7 Wahlprüfsteine 2009	16
3 Parteifinanzierung	17
4 SPD	18
5 Weiterführende Informationen	19
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	19
7 Einzelnachweise	19

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern der SPD, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Im Kapitel zum Thema Demokratie geht das [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) auf alle unsere Themen ein (S. 96). Danach schlägt die SPD vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- einen Verhaltenskodex, nach dem neue Tätigkeiten von ausscheidenden Regierungsmitgliedern durch eine Ethikkommission genehmigt werden müssen.
- Parteienfinanzierung: Deckelung von Großspenden auf 100.000 Euro, Partesponsoring offenlegen
- Nebeneinkünfte: auf Euro und Cent offenlegen.
- Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung erweitern.
- Einführung einer „legislativen Fußspur“: bei Gesetzen soll offen gelegt werden, wie * externe Berater an der Ausarbeitung beteiligt waren.

Über externe Mitarbeiter in Ministerien soll ein jährlicher Bericht Transparenz schaffen (Anm.: Die Berichte sind bisher nicht öffentlich.)

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die SPD fordert ein verpflichtendes Lobbyistenregister. Erfreulich ist das klare Bekenntnis, ein verpflichtendes Lobbyregister schaffen zu wollen.

Karenzzeit

Während einer [Karenzzeit](#) von 18 Monaten sollen neue Jobs von Ex-Regierungsmitgliedern von einer Ethikkommission genehmigt werden. Vorbild ist der Kodex der EU-Kommission. Positiv ist, dass die SPD eine Karenzzeit einführen will. Allerdings können Regierungsmitglieder auch in dieser Zeit neue Jobs annehmen, wenn die geplante Ethikkommission diese genehmigt. Die Wirksamkeit der Regelung hängt also davon ab, wie strikt diese Kommission die Fälle prüfen wird. Wenn die EU-Regelung übernommen wird, dürften ausscheidende Regierungsmitglieder in diesen 18 Monaten immerhin keine Lobbyarbeit betreiben, die ihren ehemaligen Zuständigkeitsbereich betrifft. Insgesamt wäre der SPD-Vorschlag eine Verbesserung – aber er bleibt hinter den LobbyControl-Forderungen zurück.

Parteienfinanzierung

Die SPD will die sofortige Offenlegung von Großspenden ab 25.000 Euro (bisher 50.000 Euro). Außerdem soll es eine Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Jahr für Spenden geben. Das Parteisponsoring soll im Rechenschaftsbericht aufgeführt werden. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD mehr Transparenz und eine Obergrenze für Spenden (allerdings doppelt so hoch wie unser Vorschlag). Allerdings soll die Veröffentlichungsschwelle für Großspenden nur halbiert werden. Und zur Absenkung der Veröffentlichungsschwelle in den Rechenschaftsberichten bezieht die SPD keine Stellung.

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Nebeneinkünfte von Abgeordneten will die SPD betragsgenau veröffentlichen. Anwälte/Berater sollen die Branchen ihrer Kunden nennen. Bei Vorträgen, die über Redneragenturen gebucht werden, sollen die Auftraggeber offen gelegt werden. Bei den Nebeneinkünften unterstützt die SPD unsere Forderungen.

Abgeordnetenbestechung

Die SPD hält eine umfassendere Regelung für dringend erforderlich. Die SPD hat bereits einen Gesetzesentwurf vorgelegt und wird diesen nach der Wahl erneut einbringen. Die SPD hat einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorlegt. Das begrüßen wir.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die SPD unterstützt die meisten Forderungen von LobbyControl. An einzelnen Punkten gibt es aber Abweichungen: Der Vorschlag für Seitenwechsel von Regierungsmitgliedern ist begrenzter. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD eine Obergrenze und die Offenlegung von Sponsoring. Bei den Parteispenden will sie aber nur kleine Transparenzfortschritte.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- Karenzzeit:

Eine solche Karenzzeit müsste in Einklang mit der Berufsfreiheit nach Art. 12 des Grundgesetzes stehen, denn auch ehemalige Minister und Staatssekretäre müssen die Möglichkeit haben, nach Verlust ihrer Ämter wieder in ihre erlernten Berufe zurückzukehren, um mit eigenen Anstrengungen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Da die Öffentlichkeit erwartet, dass Minister und parlamentarische Staatssekretäre, die ihr Amt jederzeit verlieren können, alsbald wieder von eigener Berufstätigkeit leben, hat die SPD in dieser Wahlperiode die Übergangsgelder auf eine Dauer von sechs Monaten bis zu zwei Jahren beschränkt. Damit wäre eine längere umfassende Tätigkeitsbeschränkung kaum zu vereinbaren. Angesichts möglicher finanzieller Folgen ist zu prüfen, ob die mit einer Karenzzeit angestrebten Zwecke mit vertretbarem Aufwand zu erreichen sind. Die Erstreckung der vorgeschlagenen Regelung auf Referatsleiter, die die unterste Führungsebene der Ministerialverwaltung darstellen, erscheint überzogen.

- Lobbyisten in Ministerien:

Manche Bestimmungen der Verwaltungsvorschriften könnten strenger gefasst werden. Die Bezahlung von Mitarbeitern durch die entsendende Stelle ist nicht bedenklich, wenn der allgemeine Wissensaustausch im Vordergrund der Tätigkeit steht und nicht die Dienstleistung für die Behörde. Die Berichte des Bundesministeriums werden aufmerksam verfolgt und es wird sich für eine lückenlose und genaue Berichterstattung eingesetzt. Die Berichte sollen auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Anwendungsbereich der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift sollte auch auf befristete Arbeitsverhältnisse erstreckt werden, wenn sie eine Dauer von drei Monaten überschreiten und die externe Person nur beurlaubt ist oder über eine Wiedereinstellungszusage des bisherigen Arbeitgebers verfügt.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die 2005 verschärften Transparenzregeln stehen in einem Spannungsverhältnis zu dem Grundrecht der Berufsfreiheit und der informationellen Selbstbestimmung, sowie zum verfassungsrechtlich festgelegten Status des freien Mandats. Die SPD ist der Ansicht, dass die Verhaltensregeln überarbeitet werden sollten. Dabei sollten insbesondere die Stufen für die Angabe der Nebeneinkünfte ausgebaut und erhöht werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die SPD positioniert sich klar für die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters. Bei den anderen Fragen bleibt sie eher vage oder hinter den Forderungen von LobbyControl zurück. ^[4]

Parteifinanzierung

Die SPD erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 58.597.546,03 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der SPD in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	500.000 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall und Elektroindustrie
Daimler	600.000 €	

Evonik	360.00 0 €	
BMW	324.22 5 €	
VCI	269.00 0 €	

Weitere Spender der SPD sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen der SPD** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

SPD

Die Einnahmen der letzten Jahre setzten sich wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2015		2014		2013		2012		2011		2010	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,5 8	30,6 2	49,9 8	30,8 9	49,5 6	30,2 1	49,0 8	32, 4	47, 5	30, 5	45, 7	31, 1
Mandatsträgerbeiträge	25,4 2	16,2 1	24,4 6	15,1 1	23,6 2	14,3 5	23,0 4	15,2 2	22,6 3	14,5 4	22, 4	15, 2
Spenden von natürlichen Personen	8,0 2	5,1 2	12,5 8	7,7 7	12,0 5	7,3 3	8, 5	5,6 5	9, 6	6,1 7	7, 8	5, 3
Spenden von juristischen Personen	1,7 8	1,1 5	1, 9	1,2 9	2, 9	1,7 7	1, 9	1,2 9	2, 5	1,6 0	1, 7	1, 2
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2,1 8	1,3 9	2,1 3	1,3 2	3, 2	1,9 3	2, 7	1, 8	8, 2	5,2 5	8, 2	5, 5
Aus sonstigem Vermögen	6,8 0	4,3 4	7,7 1	4,7 6	9,0 9	5,5 2	7,3 4	4, 9	8, 8	5,6 7	8, 2	5, 6
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,3 5	7,8 7	12,7 9	7,9 1	15,2 5	9,2 7	12,6 1	8, 3	13, 7	8,7 8	13, 0	8, 8
Staatliche Mittel	50,0 8	31,9 3	48,6 5	30,0 6	47, 9	29,1 1	45, 6	30, 1	42, 4	27,2 4	39, 0	26, 5
Sonstige	0,5 8	0,3 7	0,9 9	0,6 1	0,9 6	0,5 8	0,5 4	0,3 6	0, 4	0,2 5	1, 2	0, 8
Summe	156,84 Mio €		161,83 Mio €		164,6 Mio €		151,4 Mio €		155,7 Mio €		147,1 Mio €	

	2012	2011	2010	2009	2008
--	-------------	-------------	-------------	-------------	-------------

Art der Einnahmen	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,0 8	32, 4	47, 5	30, 5	45, 7	31, 1	46, 0	26, 6	46, 7	27, 9
Mandatsträgerbeiträge	23,0 4	15,2 2	22,6 3	14,5 4	22, 4	15, 2	22, 3	12, 9	22, 2	13, 2
Spenden von natürlichen Personen	8, 5	5,6 5	9, 6	6,1 7	7, 8	5, 3	14, 5	8, 4	10, 3	6, 1
Spenden von juristischen Personen	1, 9	1,2 9	2, 5	1,6 0	1, 7	1, 2	4, 2	2, 4	2, 7	1, 6
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2, 7	1, 8	8, 2	5,2 5	8, 2	5, 5	10, 1	5, 9	11, 9	7, 1
Aus sonstigem Vermögen	7,3 4	4, 9	8, 8	5,6 7	8, 2	5, 6	10, 9	6, 3	10, 7	6, 4
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,6 1	8, 3	13, 7	8,7 8	13, 0	8, 8	18, 0	10, 4	14, 2	8, 5
Staatliche Mittel	45, 6	30, 1	42, 4	27,2 4	39, 0	26, 5	39, 6	22, 9	43, 5	26, 0
Sonstige	0,5 4	0,3 6	0, 4	0,2 5	1, 2	0, 8	7, 6	4, 4	5, 4	3, 2
Summe		151,4		155,7 Mio €		147,1 Mio €		173,3 Mio €		167,5 Mio €

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Bei Mitgliederzahlen der Parteien liegt SPD vor CDU](#), Spiegel online vom 16.08.2013, abgerufen am 29. August 2013

2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Parteivorsitzende/r [Sigmar Gabriel](#)

GeneralsekretärIn [Andrea Nahles](#)

Hauptsitz Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße
140, 10963 Berlin

Mitglieder ca. 472.500 (Stand: August 2013)^[1]

Webadresse <http://www.spd.de>

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	21
1.1 Seitenwechsler	21
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	21
2 Wahlprüfsteine 2013	21
2.1 Lobbyregister	21
2.2 Karenzzeit	21
2.3 Parteienfinanzierung	22
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	22
2.5 Abgeordnetenbestechung	22
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	22
2.7 Wahlprüfsteine 2009	22
3 Parteifinanzierung	23
4 SPD	24
5 Weiterführende Informationen	25
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	25
7 Einzelnachweise	25

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern der SPD, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Im Kapitel zum Thema Demokratie geht das [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) auf alle unsere Themen ein (S. 96). Danach schlägt die SPD vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- einen Verhaltenskodex, nach dem neue Tätigkeiten von ausscheidenden Regierungsmitgliedern durch eine Ethikkommission genehmigt werden müssen.
- Parteienfinanzierung: Deckelung von Großspenden auf 100.000 Euro, Partesponsoring offenlegen
- Nebeneinkünfte: auf Euro und Cent offenlegen.
- Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung erweitern.
- Einführung einer „legislativen Fußspur“: bei Gesetzen soll offen gelegt werden, wie * externe Berater an der Ausarbeitung beteiligt waren.

Über externe Mitarbeiter in Ministerien soll ein jährlicher Bericht Transparenz schaffen (Anm.: Die Berichte sind bisher nicht öffentlich.)

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die SPD fordert ein verpflichtendes Lobbyistenregister. Erfreulich ist das klare Bekenntnis, ein verpflichtendes Lobbyregister schaffen zu wollen.

Karenzzeit

Während einer [Karenzzeit](#) von 18 Monaten sollen neue Jobs von Ex-Regierungsmitgliedern von einer Ethikkommission genehmigt werden. Vorbild ist der Kodex der EU-Kommission. Positiv ist, dass die SPD eine Karenzzeit einführen will. Allerdings können Regierungsmitglieder auch in dieser Zeit neue Jobs annehmen, wenn die geplante Ethikkommission diese genehmigt. Die Wirksamkeit der Regelung hängt also davon ab, wie strikt diese Kommission die Fälle prüfen wird. Wenn die EU-Regelung übernommen wird, dürften ausscheidende Regierungsmitglieder in diesen 18 Monaten immerhin keine Lobbyarbeit betreiben, die ihren ehemaligen Zuständigkeitsbereich betrifft. Insgesamt wäre der SPD-Vorschlag eine Verbesserung – aber er bleibt hinter den LobbyControl-Forderungen zurück.

Parteienfinanzierung

Die SPD will die sofortige Offenlegung von Großspenden ab 25.000 Euro (bisher 50.000 Euro). Außerdem soll es eine Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Jahr für Spenden geben. Das Parteisponsoring soll im Rechenschaftsbericht aufgeführt werden. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD mehr Transparenz und eine Obergrenze für Spenden (allerdings doppelt so hoch wie unser Vorschlag). Allerdings soll die Veröffentlichungsschwelle für Großspenden nur halbiert werden. Und zur Absenkung der Veröffentlichungsschwelle in den Rechenschaftsberichten bezieht die SPD keine Stellung.

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Nebeneinkünfte von Abgeordneten will die SPD betragsgenau veröffentlichen. Anwälte/Berater sollen die Branchen ihrer Kunden nennen. Bei Vorträgen, die über Redneragenturen gebucht werden, sollen die Auftraggeber offen gelegt werden. Bei den Nebeneinkünften unterstützt die SPD unsere Forderungen.

Abgeordnetenbestechung

Die SPD hält eine umfassendere Regelung für dringend erforderlich. Die SPD hat bereits einen Gesetzesentwurf vorgelegt und wird diesen nach der Wahl erneut einbringen. Die SPD hat einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorlegt. Das begrüßen wir.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die SPD unterstützt die meisten Forderungen von LobbyControl. An einzelnen Punkten gibt es aber Abweichungen: Der Vorschlag für Seitenwechsel von Regierungsmitgliedern ist begrenzter. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD eine Obergrenze und die Offenlegung von Sponsoring. Bei den Parteispenden will sie aber nur kleine Transparenzfortschritte.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- **Karenzzeit:**

Eine solche Karenzzeit müsste in Einklang mit der Berufsfreiheit nach Art. 12 des Grundgesetzes stehen, denn auch ehemalige Minister und Staatssekretäre müssen die Möglichkeit haben, nach Verlust ihrer Ämter wieder in ihre erlernten Berufe zurückzukehren, um mit eigenen Anstrengungen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Da die Öffentlichkeit erwartet, dass Minister und parlamentarische Staatssekretäre, die ihr Amt jederzeit verlieren können, alsbald wieder von eigener Berufstätigkeit leben, hat die SPD in dieser Wahlperiode die Übergangsgelder auf eine Dauer von sechs Monaten bis zu zwei Jahren beschränkt. Damit wäre eine längere umfassende Tätigkeitsbeschränkung kaum zu vereinbaren. Angesichts möglicher finanzieller Folgen ist zu prüfen, ob die mit einer Karenzzeit angestrebten Zwecke mit vertretbarem Aufwand zu erreichen sind. Die Erstreckung der vorgeschlagenen Regelung auf Referatsleiter, die die unterste Führungsebene der Ministerialverwaltung darstellen, erscheint überzogen.

- **Lobbyisten in Ministerien:**

Manche Bestimmungen der Verwaltungsvorschriften könnten strenger gefasst werden. Die Bezahlung von Mitarbeitern durch die entsendende Stelle ist nicht bedenklich, wenn der allgemeine Wissensaustausch im Vordergrund der Tätigkeit steht und nicht die Dienstleistung für die Behörde. Die Berichte des Bundesministeriums werden aufmerksam verfolgt und es wird sich für eine lückenlose und genaue Berichterstattung eingesetzt. Die Berichte sollen auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Anwendungsbereich der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift sollte auch auf befristete Arbeitsverhältnisse erstreckt werden, wenn sie eine Dauer von drei Monaten überschreiten und die externe Person nur beurlaubt ist oder über eine Wiedereinstellungszusage des bisherigen Arbeitgebers verfügt.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die 2005 verschärften Transparenzregeln stehen in einem Spannungsverhältnis zu dem Grundrecht der Berufsfreiheit und der informationellen Selbstbestimmung, sowie zum verfassungsrechtlich festgelegten Status des freien Mandats. Die SPD ist der Ansicht, dass die Verhaltensregeln überarbeitet werden sollten. Dabei sollten insbesondere die Stufen für die Angabe der Nebeneinkünfte ausgebaut und erhöht werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die SPD positioniert sich klar für die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters. Bei den anderen Fragen bleibt sie eher vage oder hinter den Forderungen von LobbyControl zurück. ^[4]

Parteifinanzierung

Die SPD erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 58.597.546,03 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der SPD in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	500.00 0 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall und Elektroindustrie
Daimler	600.00 0 €	
Evonik	360.00 0 €	
BMW	324.22 5 €	
VCI	269.00 0 €	

Weitere Spender der SPD sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen der SPD** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

SPD

Die Einnahmen der letzten Jahre setzten sich wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2015		2014		2013		2012		2011		2010	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,58	30,62	49,98	30,89	49,56	30,21	49,08	32,44	47,55	30,55	45,77	31,11
Mandatsträgerbeiträge	25,42	16,21	24,46	15,11	23,62	14,35	23,04	15,22	22,63	14,54	22,44	15,22
Spenden von natürlichen Personen	8,02	5,12	12,58	7,77	12,05	7,33	8,55	5,65	9,66	6,17	7,88	5,33
Spenden von juristischen Personen	1,78	1,15	1,99	1,29	2,99	1,77	1,99	1,29	2,55	1,60	1,77	1,22
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2,18	1,39	2,13	1,32	3,22	1,93	2,78	1,88	8,25	5,25	8,25	5,55
Aus sonstigem Vermögen	6,80	4,34	7,71	4,76	9,09	5,52	7,34	4,99	8,88	5,67	8,26	5,66
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,35	7,87	12,79	7,91	15,25	9,27	12,61	8,33	13,77	8,78	13,00	8,88
Staatliche Mittel	50,08	31,93	48,65	30,06	47,99	29,11	45,66	30,11	42,44	27,24	39,00	26,55
Sonstige	0,58	0,37	0,99	0,61	0,96	0,58	0,54	0,36	0,44	0,25	1,22	0,88
Summe	156,84 Mio €		161,83 Mio €		164,6 Mio €		151,4 Mio €		155,7 Mio €		147,1 Mio €	

Art der Einnahmen	2012		2011		2010		2009		2008	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,08	32,44	47,55	30,55	45,77	31,11	46,06	26,66	46,77	27,99
Mandatsträgerbeiträge	23,04	15,22	22,63	14,54	22,44	15,22	22,39	12,99	22,22	13,22
Spenden von natürlichen Personen	8,55	5,65	9,66	6,17	7,88	5,33	14,55	8,44	10,33	6,11

Spenden von juristischen Personen	1,9	1,29	2,5	1,60	1,7	1,2	4,2	2,4	2,7	1,6
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2,7	1,8	8,2	5,25	8,2	5,5	10,1	5,9	11,9	7,1
Aus sonstigem Vermögen	7,34	4,9	8,8	5,67	8,2	5,6	10,9	6,3	10,7	6,4
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,61	8,3	13,7	8,78	13,0	8,8	18,0	10,4	14,2	8,5
Staatliche Mittel	45,6	30,1	42,4	27,24	39,0	26,5	39,6	22,9	43,5	26,0
Sonstige	0,54	0,36	0,4	0,25	1,2	0,8	7,6	4,4	5,4	3,2
Summe		151,4	155,7 Mio €	147,1 Mio €	173,3 Mio €	167,5 Mio €				

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der **Finanzierung aller Parteien im Bundestag**.

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

- ↑ [Bei Mitgliederzahlen der Parteien liegt SPD vor CDU](#), Spiegel online vom 16.08.2013, abgerufen am 29. August 2013
- ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
- ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
- ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
- ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Parteivorsitzende/r [Sigmar Gabriel](#)

GeneralsekretärIn [Andrea Nahles](#)

Hauptsitz Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße
140, 10963 Berlin

Mitglieder ca. 472.500 (Stand: August 2013)^[1]

Webadresse <http://www.spd.de>

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	26
1.1 Seitenwechsler	26
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	27
2 Wahlprüfsteine 2013	27
2.1 Lobbyregister	27
2.2 Karenzzeit	27
2.3 Parteienfinanzierung	28
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	28
2.5 Abgeordnetenbestechung	28
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	28
2.7 Wahlprüfsteine 2009	28
3 Parteifinanzierung	29
4 SPD	30
5 Weiterführende Informationen	31
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	31
7 Einzelnachweise	31

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern der SPD, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Im Kapitel zum Thema Demokratie geht das [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) auf alle unsere Themen ein (S. 96). Danach schlägt die SPD vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- einen Verhaltenskodex, nach dem neue Tätigkeiten von ausscheidenden Regierungsmitgliedern durch eine Ethikkommission genehmigt werden müssen.
- Parteienfinanzierung: Deckelung von Großspenden auf 100.000 Euro, Parteisponsoring offenlegen
- Nebeneinkünfte: auf Euro und Cent offenlegen.
- Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung erweitern.
- Einführung einer „legislativen Fußspur“: bei Gesetzen soll offen gelegt werden, wie * externe Berater an der Ausarbeitung beteiligt waren.

Über externe Mitarbeiter in Ministerien soll ein jährlicher Bericht Transparenz schaffen (Anm.: Die Berichte sind bisher nicht öffentlich.)

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die SPD fordert ein verpflichtendes Lobbyistenregister. Erfreulich ist das klare Bekenntnis, ein verpflichtendes Lobbyregister schaffen zu wollen.

Karenzzeit

Während einer [Karenzzeit](#) von 18 Monaten sollen neue Jobs von Ex-Regierungsmitgliedern von einer Ethikkommission genehmigt werden. Vorbild ist der Kodex der EU-Kommission. Positiv ist, dass die SPD eine Karenzzeit einführen will. Allerdings können Regierungsmitglieder auch in dieser Zeit neue Jobs annehmen, wenn die geplante Ethikkommission diese genehmigt. Die Wirksamkeit der Regelung hängt also davon ab, wie strikt diese Kommission die Fälle prüfen wird. Wenn die EU-Regelung übernommen wird, dürften ausscheidende Regierungsmitglieder in diesen 18 Monaten immerhin keine Lobbyarbeit betreiben, die ihren ehemaligen Zuständigkeitsbereich betrifft. Insgesamt wäre der SPD-Vorschlag eine Verbesserung – aber er bleibt hinter den LobbyControl-Forderungen zurück.

Parteienfinanzierung

Die SPD will die sofortige Offenlegung von Großspenden ab 25.000 Euro (bisher 50.000 Euro). Außerdem soll es eine Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Jahr für Spenden geben. Das Partesponsoring soll im Rechenschaftsbericht aufgeführt werden. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD mehr Transparenz und eine Obergrenze für Spenden (allerdings doppelt so hoch wie unser Vorschlag). Allerdings soll die Veröffentlichungsschwelle für Großspenden nur halbiert werden. Und zur Absenkung der Veröffentlichungsschwelle in den Rechenschaftsberichten bezieht die SPD keine Stellung.

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Nebeneinkünfte von Abgeordneten will die SPD betragsgenau veröffentlichen. Anwälte/Berater sollen die Branchen ihrer Kunden nennen. Bei Vorträgen, die über Redneragenturen gebucht werden, sollen die Auftraggeber offen gelegt werden. Bei den Nebeneinkünften unterstützt die SPD unsere Forderungen.

Abgeordnetenbestechung

Die SPD hält eine umfassendere Regelung für dringend erforderlich. Die SPD hat bereits einen Gesetzesentwurf vorgelegt und wird diesen nach der Wahl erneut einbringen. Die SPD hat einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorlegt. Das begrüßen wir.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die SPD unterstützt die meisten Forderungen von LobbyControl. An einzelnen Punkten gibt es aber Abweichungen: Der Vorschlag für Seitenwechsel von Regierungsmitgliedern ist begrenzter. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD eine Obergrenze und die Offenlegung von Sponsoring. Bei den Parteispenden will sie aber nur kleine Transparenzfortschritte.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- Karenzzeit:

Eine solche Karenzzeit müsste in Einklang mit der Berufsfreiheit nach Art. 12 des Grundgesetzes stehen, denn auch ehemalige Minister und Staatssekretäre müssen die Möglichkeit haben, nach Verlust ihrer Ämter wieder in ihre erlernten Berufe zurückzukehren, um mit eigenen Anstrengungen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Da die Öffentlichkeit erwartet, dass Minister und parlamentarische Staatssekretäre, die ihr Amt jederzeit verlieren können, alsbald wieder von eigener Berufstätigkeit leben, hat die SPD in dieser Wahlperiode die Übergangsgelder auf eine Dauer von sechs Monaten bis zu zwei Jahren beschränkt. Damit wäre eine längere umfassende Tätigkeitsbeschränkung kaum zu vereinbaren. Angesichts möglicher finanzieller Folgen ist zu prüfen, ob die mit einer Karenzzeit angestrebten Zwecke mit vertretbarem Aufwand zu erreichen sind. Die Erstreckung der vorgeschlagenen Regelung auf Referatsleiter, die die unterste Führungsebene der Ministerialverwaltung darstellen, erscheint überzogen.

- Lobbyisten in Ministerien:

Manche Bestimmungen der Verwaltungsvorschriften könnten strenger gefasst werden. Die Bezahlung von Mitarbeitern durch die entsendende Stelle ist nicht bedenklich, wenn der allgemeine Wissensaustausch im Vordergrund der Tätigkeit steht und nicht die Dienstleistung für die Behörde. Die Berichte des Bundesministeriums werden aufmerksam verfolgt und es wird sich für eine lückenlose und genaue Berichterstattung eingesetzt. Die Berichte sollen auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Anwendungsbereich der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift sollte auch auf befristete Arbeitsverhältnisse erstreckt werden, wenn sie eine Dauer von drei Monaten überschreiten und die externe Person nur beurlaubt ist oder über eine Wiedereinstellungszusage des bisherigen Arbeitgebers verfügt.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die 2005 verschärften Transparenzregeln stehen in einem Spannungsverhältnis zu dem Grundrecht der Berufsfreiheit und der informationellen Selbstbestimmung, sowie zum verfassungsrechtlich festgelegten Status des freien Mandats. Die SPD ist der Ansicht, dass die Verhaltensregeln überarbeitet werden sollten. Dabei sollten insbesondere die Stufen für die Angabe der Nebeneinkünfte ausgebaut und erhöht werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die SPD positioniert sich klar für die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters. Bei den anderen Fragen bleibt sie eher vage oder hinter den Forderungen von LobbyControl zurück. ^[4]

Parteifinanzierung

Die SPD erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 58.597.546,03 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der SPD in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	500.000 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall und Elektroindustrie
Daimler	600.000 €	

Evonik	360.00 0 €	
BMW	324.22 5 €	
VCI	269.00 0 €	

Weitere Spender der SPD sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen der SPD** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

SPD

Die Einnahmen der letzten Jahre setzten sich wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2015		2014		2013		2012		2011		2010	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,5 8	30,6 2	49,9 8	30,8 9	49,5 6	30,2 1	49,0 8	32, 4	47, 5	30, 5	45, 7	31, 1
Mandatsträgerbeiträge	25,4 2	16,2 1	24,4 6	15,1 1	23,6 2	14,3 5	23,0 4	15,2 2	22,6 3	14,5 4	22, 4	15, 2
Spenden von natürlichen Personen	8,0 2	5,1 2	12,5 8	7,7 7	12,0 5	7,3 3	8, 5	5,6 5	9, 6	6,1 7	7, 8	5, 3
Spenden von juristischen Personen	1,7 8	1,1 5	1, 9	1,2 9	2, 9	1,7 7	1, 9	1,2 9	2, 5	1,6 0	1, 7	1, 2
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2,1 8	1,3 9	2,1 3	1,3 2	3, 2	1,9 3	2, 7	1, 8	8, 2	5,2 5	8, 2	5, 5
Aus sonstigem Vermögen	6,8 0	4,3 4	7,7 1	4,7 6	9,0 9	5,5 2	7,3 4	4, 9	8, 8	5,6 7	8, 2	5, 6
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,3 5	7,8 7	12,7 9	7,9 1	15,2 5	9,2 7	12,6 1	8, 3	13, 7	8,7 8	13, 0	8, 8
Staatliche Mittel	50,0 8	31,9 3	48,6 5	30,0 6	47, 9	29,1 1	45, 6	30, 1	42, 4	27,2 4	39, 0	26, 5
Sonstige	0,5 8	0,3 7	0,9 9	0,6 1	0,9 6	0,5 8	0,5 4	0,3 6	0, 4	0,2 5	1, 2	0, 8
Summe	156,84 Mio €		161,83 Mio €		164,6 Mio €		151,4 Mio €		155,7 Mio €		147,1 Mio €	

	2012	2011	2010	2009	2008
--	-------------	-------------	-------------	-------------	-------------

Art der Einnahmen	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,08	32,4	47,5	30,5	45,7	31,1	46,0	26,6	46,7	27,9
Mandatsträgerbeiträge	23,04	15,22	22,63	14,54	22,4	15,2	22,3	12,9	22,2	13,2
Spenden von natürlichen Personen	8,5	5,65	9,6	6,17	7,8	5,3	14,5	8,4	10,3	6,1
Spenden von juristischen Personen	1,9	1,29	2,5	1,60	1,7	1,2	4,2	2,4	2,7	1,6
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2,7	1,8	8,2	5,25	8,2	5,5	10,1	5,9	11,9	7,1
Aus sonstigem Vermögen	7,34	4,9	8,8	5,67	8,2	5,6	10,9	6,3	10,7	6,4
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,61	8,3	13,7	8,78	13,0	8,8	18,0	10,4	14,2	8,5
Staatliche Mittel	45,6	30,1	42,4	27,24	39,0	26,5	39,6	22,9	43,5	26,0
Sonstige	0,54	0,36	0,4	0,25	1,2	0,8	7,6	4,4	5,4	3,2
Summe		151,4		155,7 Mio €		147,1 Mio €		173,3 Mio €		167,5 Mio €

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Bei Mitgliederzahlen der Parteien liegt SPD vor CDU](#), Spiegel online vom 16.08.2013, abgerufen am 29. August 2013

2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Parteivorsitzende/r [Sigmar Gabriel](#)

GeneralsekretärIn [Andrea Nahles](#)

Hauptsitz Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße
140, 10963 Berlin

Mitglieder ca. 472.500 (Stand: August 2013)^[1]

Webadresse <http://www.spd.de>

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	33
1.1 Seitenwechsler	33
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	33
2 Wahlprüfsteine 2013	33
2.1 Lobbyregister	33
2.2 Karenzzeit	33
2.3 Parteienfinanzierung	34
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	34
2.5 Abgeordnetenbestechung	34
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	34
2.7 Wahlprüfsteine 2009	34
3 Parteifinanzierung	35
4 SPD	36
5 Weiterführende Informationen	37
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	37
7 Einzelnachweise	37

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern der SPD, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Im Kapitel zum Thema Demokratie geht das [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) auf alle unsere Themen ein (S. 96). Danach schlägt die SPD vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- einen Verhaltenskodex, nach dem neue Tätigkeiten von ausscheidenden Regierungsmitgliedern durch eine Ethikkommission genehmigt werden müssen.
- Parteienfinanzierung: Deckelung von Großspenden auf 100.000 Euro, Partesponsoring offenlegen
- Nebeneinkünfte: auf Euro und Cent offenlegen.
- Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung erweitern.
- Einführung einer „legislativen Fußspur“: bei Gesetzen soll offen gelegt werden, wie * externe Berater an der Ausarbeitung beteiligt waren.

Über externe Mitarbeiter in Ministerien soll ein jährlicher Bericht Transparenz schaffen (Anm.: Die Berichte sind bisher nicht öffentlich.)

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die SPD fordert ein verpflichtendes Lobbyistenregister. Erfreulich ist das klare Bekenntnis, ein verpflichtendes Lobbyregister schaffen zu wollen.

Karenzzeit

Während einer [Karenzzeit](#) von 18 Monaten sollen neue Jobs von Ex-Regierungsmitgliedern von einer Ethikkommission genehmigt werden. Vorbild ist der Kodex der EU-Kommission. Positiv ist, dass die SPD eine Karenzzeit einführen will. Allerdings können Regierungsmitglieder auch in dieser Zeit neue Jobs annehmen, wenn die geplante Ethikkommission diese genehmigt. Die Wirksamkeit der Regelung hängt also davon ab, wie strikt diese Kommission die Fälle prüfen wird. Wenn die EU-Regelung übernommen wird, dürften ausscheidende Regierungsmitglieder in diesen 18 Monaten immerhin keine Lobbyarbeit betreiben, die ihren ehemaligen Zuständigkeitsbereich betrifft. Insgesamt wäre der SPD-Vorschlag eine Verbesserung – aber er bleibt hinter den LobbyControl-Forderungen zurück.

Parteienfinanzierung

Die SPD will die sofortige Offenlegung von Großspenden ab 25.000 Euro (bisher 50.000 Euro). Außerdem soll es eine Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Jahr für Spenden geben. Das Parteisponsoring soll im Rechenschaftsbericht aufgeführt werden. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD mehr Transparenz und eine Obergrenze für Spenden (allerdings doppelt so hoch wie unser Vorschlag). Allerdings soll die Veröffentlichungsschwelle für Großspenden nur halbiert werden. Und zur Absenkung der Veröffentlichungsschwelle in den Rechenschaftsberichten bezieht die SPD keine Stellung.

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Ne-beneinkünfte von Abgeordneten will die SPD betragsgenau veröffentlichen. Anwälte/Berater sollen die Branchen ihrer Kunden nennen. Bei Vorträgen, die über Redneragenturen gebucht werden, sollen die Auftraggeber offen gelegt werden. Bei den Nebeneinkünften unterstützt die SPD unsere Forderungen.

Abgeordnetenbestechung

Die SPD hält eine umfassendere Regelung für dringend erforderlich. Die SPD hat bereits einen Gesetzesentwurf vorgelegt und wird diesen nach der Wahl erneut einbringen. Die SPD hat einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorlegt. Das begrüßen wir.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die SPD unterstützt die meisten Forderungen von LobbyControl. An einzelnen Punkten gibt es aber Abweichungen: Der Vorschlag für Seitenwechsel von Regierungsmitgliedern ist begrenzter. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD eine Obergrenze und die Offenlegung von Sponsoring. Bei den Parteispenden will sie aber nur kleine Transparenzfortschritte.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- **Karenzzeit:**

Eine solche Karenzzeit müsste in Einklang mit der Berufsfreiheit nach Art. 12 des Grundgesetzes stehen, denn auch ehemalige Minister und Staatssekretäre müssen die Möglichkeit haben, nach Verlust ihrer Ämter wieder in ihre erlernten Berufe zurückzukehren, um mit eigenen Anstrengungen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Da die Öffentlichkeit erwartet, dass Minister und parlamentarische Staatssekretäre, die ihr Amt jederzeit verlieren können, alsbald wieder von eigener Berufstätigkeit leben, hat die SPD in dieser Wahlperiode die Übergangsgelder auf eine Dauer von sechs Monaten bis zu zwei Jahren beschränkt. Damit wäre eine längere umfassende Tätigkeitsbeschränkung kaum zu vereinbaren. Angesichts möglicher finanzieller Folgen ist zu prüfen, ob die mit einer Karenzzeit angestrebten Zwecke mit vertretbarem Aufwand zu erreichen sind. Die Erstreckung der vorgeschlagenen Regelung auf Referatsleiter, die die unterste Führungsebene der Ministerialverwaltung darstellen, erscheint überzogen.

- **Lobbyisten in Ministerien:**

Manche Bestimmungen der Verwaltungsvorschriften könnten strenger gefasst werden. Die Bezahlung von Mitarbeitern durch die entsendende Stelle ist nicht bedenklich, wenn der allgemeine Wissensaustausch im Vordergrund der Tätigkeit steht und nicht die Dienstleistung für die Behörde. Die Berichte des Bundesministeriums werden aufmerksam verfolgt und es wird sich für eine lückenlose und genaue Berichterstattung eingesetzt. Die Berichte sollen auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Anwendungsbereich der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift sollte auch auf befristete Arbeitsverhältnisse erstreckt werden, wenn sie eine Dauer von drei Monaten überschreiten und die externe Person nur beurlaubt ist oder über eine Wiedereinstellungszusage des bisherigen Arbeitgebers verfügt.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die 2005 verschärften Transparenzregeln stehen in einem Spannungsverhältnis zu dem Grundrecht der Berufsfreiheit und der informationellen Selbstbestimmung, sowie zum verfassungsrechtlich festgelegten Status des freien Mandats. Die SPD ist der Ansicht, dass die Verhaltensregeln überarbeitet werden sollten. Dabei sollten insbesondere die Stufen für die Angabe der Nebeneinkünfte ausgebaut und erhöht werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die SPD positioniert sich klar für die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters. Bei den anderen Fragen bleibt sie eher vage oder hinter den Forderungen von LobbyControl zurück. ^[4]

Parteifinanzierung

Die SPD erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 58.597.546,03 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der SPD in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	500.00 0 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall und Elektroindustrie
Daimler	600.00 0 €	
Evonik	360.00 0 €	
BMW	324.22 5 €	
VCI	269.00 0 €	

Weitere Spender der SPD sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen der SPD** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

SPD

Die Einnahmen der letzten Jahre setzten sich wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2015		2014		2013		2012		2011		2010	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,58	30,62	49,98	30,89	49,56	30,21	49,08	32,44	47,55	30,55	45,77	31,11
Mandatsträgerbeiträge	25,42	16,21	24,46	15,11	23,62	14,35	23,04	15,22	22,63	14,54	22,44	15,22
Spenden von natürlichen Personen	8,02	5,12	12,58	7,77	12,05	7,33	8,55	5,65	9,66	6,17	7,88	5,33
Spenden von juristischen Personen	1,78	1,15	1,99	1,29	2,99	1,77	1,99	1,29	2,55	1,60	1,77	1,22
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2,18	1,39	2,13	1,32	3,22	1,93	2,78	1,88	8,25	5,25	8,25	5,55
Aus sonstigem Vermögen	6,80	4,34	7,71	4,76	9,09	5,52	7,34	4,99	8,88	5,67	8,26	5,66
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,35	7,87	12,79	7,91	15,25	9,27	12,61	8,33	13,77	8,78	13,00	8,88
Staatliche Mittel	50,08	31,93	48,65	30,06	47,99	29,11	45,66	30,11	42,44	27,24	39,00	26,55
Sonstige	0,58	0,37	0,99	0,61	0,96	0,58	0,54	0,36	0,44	0,25	1,22	0,88
Summe	156,84 Mio €		161,83 Mio €		164,6 Mio €		151,4 Mio €		155,7 Mio €		147,1 Mio €	

Art der Einnahmen	2012		2011		2010		2009		2008	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,08	32,44	47,55	30,55	45,77	31,11	46,06	26,66	46,77	27,99
Mandatsträgerbeiträge	23,04	15,22	22,63	14,54	22,44	15,22	22,39	12,99	22,22	13,22
Spenden von natürlichen Personen	8,55	5,65	9,66	6,17	7,88	5,33	14,55	8,44	10,33	6,11

Spenden von juristischen Personen	1,9	1,29	2,5	1,60	1,7	1,2	4,2	2,4	2,7	1,6
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2,7	1,8	8,2	5,25	8,2	5,5	10,1	5,9	11,9	7,1
Aus sonstigem Vermögen	7,34	4,9	8,8	5,67	8,2	5,6	10,9	6,3	10,7	6,4
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,61	8,3	13,7	8,78	13,0	8,8	18,0	10,4	14,2	8,5
Staatliche Mittel	45,6	30,1	42,4	27,24	39,0	26,5	39,6	22,9	43,5	26,0
Sonstige	0,54	0,36	0,4	0,25	1,2	0,8	7,6	4,4	5,4	3,2
Summe		151,4	155,7 Mio €	147,1 Mio €	173,3 Mio €	167,5 Mio €				

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

- ↑ [Bei Mitgliederzahlen der Parteien liegt SPD vor CDU](#), Spiegel online vom 16.08.2013, abgerufen am 29. August 2013
- ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
- ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
- ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
- ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Parteivorsitzende/r [Sigmar Gabriel](#)

GeneralsekretärIn [Andrea Nahles](#)

Hauptsitz Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße
140, 10963 Berlin

Mitglieder ca. 472.500 (Stand: August 2013)^[1]

Webadresse <http://www.spd.de>

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	38
1.1 Seitenwechsler	38
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	39
2 Wahlprüfsteine 2013	39
2.1 Lobbyregister	39
2.2 Karenzzeit	39
2.3 Parteienfinanzierung	40
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	40
2.5 Abgeordnetenbestechung	40
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	40
2.7 Wahlprüfsteine 2009	40
3 Parteifinanzierung	41
4 SPD	42
5 Weiterführende Informationen	43
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	43
7 Einzelnachweise	43

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern der SPD, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Im Kapitel zum Thema Demokratie geht das [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) auf alle unsere Themen ein (S. 96). Danach schlägt die SPD vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- einen Verhaltenskodex, nach dem neue Tätigkeiten von ausscheidenden Regierungsmitgliedern durch eine Ethikkommission genehmigt werden müssen.
- Parteienfinanzierung: Deckelung von Großspenden auf 100.000 Euro, Parteisponsoring offenlegen
- Nebeneinkünfte: auf Euro und Cent offenlegen.
- Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung erweitern.
- Einführung einer „legislativen Fußspur“: bei Gesetzen soll offen gelegt werden, wie * externe Berater an der Ausarbeitung beteiligt waren.

Über externe Mitarbeiter in Ministerien soll ein jährlicher Bericht Transparenz schaffen (Anm.: Die Berichte sind bisher nicht öffentlich.)

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die SPD fordert ein verpflichtendes Lobbyistenregister. Erfreulich ist das klare Bekenntnis, ein verpflichtendes Lobbyregister schaffen zu wollen.

Karenzzeit

Während einer [Karenzzeit](#) von 18 Monaten sollen neue Jobs von Ex-Regierungsmitgliedern von einer Ethikkommission genehmigt werden. Vorbild ist der Kodex der EU-Kommission. Positiv ist, dass die SPD eine Karenzzeit einführen will. Allerdings können Regierungsmitglieder auch in dieser Zeit neue Jobs annehmen, wenn die geplante Ethikkommission diese genehmigt. Die Wirksamkeit der Regelung hängt also davon ab, wie strikt diese Kommission die Fälle prüfen wird. Wenn die EU-Regelung übernommen wird, dürften ausscheidende Regierungsmitglieder in diesen 18 Monaten immerhin keine Lobbyarbeit betreiben, die ihren ehemaligen Zuständigkeitsbereich betrifft. Insgesamt wäre der SPD-Vorschlag eine Verbesserung – aber er bleibt hinter den LobbyControl-Forderungen zurück.

Parteienfinanzierung

Die SPD will die sofortige Offenlegung von Großspenden ab 25.000 Euro (bisher 50.000 Euro). Außerdem soll es eine Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Jahr für Spenden geben. Das Parteisponsoring soll im Rechenschaftsbericht aufgeführt werden. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD mehr Transparenz und eine Obergrenze für Spenden (allerdings doppelt so hoch wie unser Vorschlag). Allerdings soll die Veröffentlichungsschwelle für Großspenden nur halbiert werden. Und zur Absenkung der Veröffentlichungsschwelle in den Rechenschaftsberichten bezieht die SPD keine Stellung.

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Nebeneinkünfte von Abgeordneten will die SPD betragsgenau veröffentlichen. Anwälte/Berater sollen die Branchen ihrer Kunden nennen. Bei Vorträgen, die über Redneragenturen gebucht werden, sollen die Auftraggeber offen gelegt werden. Bei den Nebeneinkünften unterstützt die SPD unsere Forderungen.

Abgeordnetenbestechung

Die SPD hält eine umfassendere Regelung für dringend erforderlich. Die SPD hat bereits einen Gesetzesentwurf vorgelegt und wird diesen nach der Wahl erneut einbringen. Die SPD hat einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorlegt. Das begrüßen wir.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die SPD unterstützt die meisten Forderungen von LobbyControl. An einzelnen Punkten gibt es aber Abweichungen: Der Vorschlag für Seitenwechsel von Regierungsmitgliedern ist begrenzter. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD eine Obergrenze und die Offenlegung von Sponsoring. Bei den Parteispenden will sie aber nur kleine Transparenzfortschritte.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- Karenzzeit:

Eine solche Karenzzeit müsste in Einklang mit der Berufsfreiheit nach Art. 12 des Grundgesetzes stehen, denn auch ehemalige Minister und Staatssekretäre müssen die Möglichkeit haben, nach Verlust ihrer Ämter wieder in ihre erlernten Berufe zurückzukehren, um mit eigenen Anstrengungen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Da die Öffentlichkeit erwartet, dass Minister und parlamentarische Staatssekretäre, die ihr Amt jederzeit verlieren können, alsbald wieder von eigener Berufstätigkeit leben, hat die SPD in dieser Wahlperiode die Übergangsgelder auf eine Dauer von sechs Monaten bis zu zwei Jahren beschränkt. Damit wäre eine längere umfassende Tätigkeitsbeschränkung kaum zu vereinbaren. Angesichts möglicher finanzieller Folgen ist zu prüfen, ob die mit einer Karenzzeit angestrebten Zwecke mit vertretbarem Aufwand zu erreichen sind. Die Erstreckung der vorgeschlagenen Regelung auf Referatsleiter, die die unterste Führungsebene der Ministerialverwaltung darstellen, erscheint überzogen.

- Lobbyisten in Ministerien:

Manche Bestimmungen der Verwaltungsvorschriften könnten strenger gefasst werden. Die Bezahlung von Mitarbeitern durch die entsendende Stelle ist nicht bedenklich, wenn der allgemeine Wissensaustausch im Vordergrund der Tätigkeit steht und nicht die Dienstleistung für die Behörde. Die Berichte des Bundesministeriums werden aufmerksam verfolgt und es wird sich für eine lückenlose und genaue Berichterstattung eingesetzt. Die Berichte sollen auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Anwendungsbereich der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift sollte auch auf befristete Arbeitsverhältnisse erstreckt werden, wenn sie eine Dauer von drei Monaten überschreiten und die externe Person nur beurlaubt ist oder über eine Wiedereinstellungszusage des bisherigen Arbeitgebers verfügt.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die 2005 verschärften Transparenzregeln stehen in einem Spannungsverhältnis zu dem Grundrecht der Berufsfreiheit und der informationellen Selbstbestimmung, sowie zum verfassungsrechtlich festgelegten Status des freien Mandats. Die SPD ist der Ansicht, dass die Verhaltensregeln überarbeitet werden sollten. Dabei sollten insbesondere die Stufen für die Angabe der Nebeneinkünfte ausgebaut und erhöht werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die SPD positioniert sich klar für die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters. Bei den anderen Fragen bleibt sie eher vage oder hinter den Forderungen von LobbyControl zurück. ^[4]

Parteifinanzierung

Die SPD erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 58.597.546,03 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der SPD in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	500.000 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall und Elektroindustrie
Daimler	600.000 €	

Evonik	360.00 0 €	
BMW	324.22 5 €	
VCI	269.00 0 €	

Weitere Spender der SPD sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen der SPD** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

SPD

Die Einnahmen der letzten Jahre setzten sich wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2015		2014		2013		2012		2011		2010	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,5 8	30,6 2	49,9 8	30,8 9	49,5 6	30,2 1	49,0 8	32, 4	47, 5	30, 5	45, 7	31, 1
Mandatsträgerbeiträge	25,4 2	16,2 1	24,4 6	15,1 1	23,6 2	14,3 5	23,0 4	15,2 2	22,6 3	14,5 4	22, 4	15, 2
Spenden von natürlichen Personen	8,0 2	5,1 2	12,5 8	7,7 7	12,0 5	7,3 3	8, 5	5,6 5	9, 6	6,1 7	7, 8	5, 3
Spenden von juristischen Personen	1,7 8	1,1 5	1, 9	1,2 9	2, 9	1,7 7	1, 9	1,2 9	2, 5	1,6 0	1, 7	1, 2
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2,1 8	1,3 9	2,1 3	1,3 2	3, 2	1,9 3	2, 7	1, 8	8, 2	5,2 5	8, 2	5, 5
Aus sonstigem Vermögen	6,8 0	4,3 4	7,7 1	4,7 6	9,0 9	5,5 2	7,3 4	4, 9	8, 8	5,6 7	8, 2	5, 6
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,3 5	7,8 7	12,7 9	7,9 1	15,2 5	9,2 7	12,6 1	8, 3	13, 7	8,7 8	13, 0	8, 8
Staatliche Mittel	50,0 8	31,9 3	48,6 5	30,0 6	47, 9	29,1 1	45, 6	30, 1	42, 4	27,2 4	39, 0	26, 5
Sonstige	0,5 8	0,3 7	0,9 9	0,6 1	0,9 6	0,5 8	0,5 4	0,3 6	0, 4	0,2 5	1, 2	0, 8
Summe	156,84 Mio €		161,83 Mio €		164.6 Mio €		151,4 Mio €		155,7 Mio €		147,1 Mio €	

	2012	2011	2010	2009	2008
--	-------------	-------------	-------------	-------------	-------------

Art der Einnahmen	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,0 8	32, 4	47, 5	30, 5	45, 7	31, 1	46, 0	26, 6	46, 7	27, 9
Mandatsträgerbeiträge	23,0 4	15,2 2	22,6 3	14,5 4	22, 4	15, 2	22, 3	12, 9	22, 2	13, 2
Spenden von natürlichen Personen	8, 5	5,6 5	9, 6	6,1 7	7, 8	5, 3	14, 5	8, 4	10, 3	6, 1
Spenden von juristischen Personen	1, 9	1,2 9	2, 5	1,6 0	1, 7	1, 2	4, 2	2, 4	2, 7	1, 6
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2, 7	1, 8	8, 2	5,2 5	8, 2	5, 5	10, 1	5, 9	11, 9	7, 1
Aus sonstigem Vermögen	7,3 4	4, 9	8, 8	5,6 7	8, 2	5, 6	10, 9	6, 3	10, 7	6, 4
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,6 1	8, 3	13, 7	8,7 8	13, 0	8, 8	18, 0	10, 4	14, 2	8, 5
Staatliche Mittel	45, 6	30, 1	42, 4	27,2 4	39, 0	26, 5	39, 6	22, 9	43, 5	26, 0
Sonstige	0,5 4	0,3 6	0, 4	0,2 5	1, 2	0, 8	7, 6	4, 4	5, 4	3, 2
Summe		151,4		155,7 Mio €		147,1 Mio €		173,3 Mio €		167,5 Mio €

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. [↑ Bei Mitgliederzahlen der Parteien liegt SPD vor CDU](#), Spiegel online vom 16.08.2013, abgerufen am 29. August 2013

2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Parteivorsitzende/r [Sigmar Gabriel](#)

GeneralsekretärIn [Andrea Nahles](#)

Hauptsitz Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße
140, 10963 Berlin

Mitglieder ca. 472.500 (Stand: August 2013)^[1]

Webadresse <http://www.spd.de>

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	45
1.1 Seitenwechsler	45
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	45
2 Wahlprüfsteine 2013	45
2.1 Lobbyregister	45
2.2 Karenzzeit	45
2.3 Parteienfinanzierung	46
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	46
2.5 Abgeordnetenbestechung	46
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	46
2.7 Wahlprüfsteine 2009	46
3 Parteifinanzierung	47
4 SPD	48
5 Weiterführende Informationen	49
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	49
7 Einzelnachweise	49

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern der SPD, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Im Kapitel zum Thema Demokratie geht das [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) auf alle unsere Themen ein (S. 96). Danach schlägt die SPD vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- einen Verhaltenskodex, nach dem neue Tätigkeiten von ausscheidenden Regierungsmitgliedern durch eine Ethikkommission genehmigt werden müssen.
- Parteienfinanzierung: Deckelung von Großspenden auf 100.000 Euro, Partesponsoring offenlegen
- Nebeneinkünfte: auf Euro und Cent offenlegen.
- Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung erweitern.
- Einführung einer „legislativen Fußspur“: bei Gesetzen soll offen gelegt werden, wie * externe Berater an der Ausarbeitung beteiligt waren.

Über externe Mitarbeiter in Ministerien soll ein jährlicher Bericht Transparenz schaffen (Anm.: Die Berichte sind bisher nicht öffentlich.)

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die SPD fordert ein verpflichtendes Lobbyistenregister. Erfreulich ist das klare Bekenntnis, ein verpflichtendes Lobbyregister schaffen zu wollen.

Karenzzeit

Während einer [Karenzzeit](#) von 18 Monaten sollen neue Jobs von Ex-Regierungsmitgliedern von einer Ethikkommission genehmigt werden. Vorbild ist der Kodex der EU-Kommission. Positiv ist, dass die SPD eine Karenzzeit einführen will. Allerdings können Regierungsmitglieder auch in dieser Zeit neue Jobs annehmen, wenn die geplante Ethikkommission diese genehmigt. Die Wirksamkeit der Regelung hängt also davon ab, wie strikt diese Kommission die Fälle prüfen wird. Wenn die EU-Regelung übernommen wird, dürften ausscheidende Regierungsmitglieder in diesen 18 Monaten immerhin keine Lobbyarbeit betreiben, die ihren ehemaligen Zuständigkeitsbereich betrifft. Insgesamt wäre der SPD-Vorschlag eine Verbesserung – aber er bleibt hinter den LobbyControl-Forderungen zurück.

Parteienfinanzierung

Die SPD will die sofortige Offenlegung von Großspenden ab 25.000 Euro (bisher 50.000 Euro). Außerdem soll es eine Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Jahr für Spenden geben. Das Parteisponsoring soll im Rechenschaftsbericht aufgeführt werden. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD mehr Transparenz und eine Obergrenze für Spenden (allerdings doppelt so hoch wie unser Vorschlag). Allerdings soll die Veröffentlichungsschwelle für Großspenden nur halbiert werden. Und zur Absenkung der Veröffentlichungsschwelle in den Rechenschaftsberichten bezieht die SPD keine Stellung.

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Nebeneinkünfte von Abgeordneten will die SPD betragsgenau veröffentlichen. Anwälte/Berater sollen die Branchen ihrer Kunden nennen. Bei Vorträgen, die über Redneragenturen gebucht werden, sollen die Auftraggeber offen gelegt werden. Bei den Nebeneinkünften unterstützt die SPD unsere Forderungen.

Abgeordnetenbestechung

Die SPD hält eine umfassendere Regelung für dringend erforderlich. Die SPD hat bereits einen Gesetzesentwurf vorgelegt und wird diesen nach der Wahl erneut einbringen. Die SPD hat einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorlegt. Das begrüßen wir.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die SPD unterstützt die meisten Forderungen von LobbyControl. An einzelnen Punkten gibt es aber Abweichungen: Der Vorschlag für Seitenwechsel von Regierungsmitgliedern ist begrenzter. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD eine Obergrenze und die Offenlegung von Sponsoring. Bei den Parteispenden will sie aber nur kleine Transparenzfortschritte.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- **Karenzzeit:**

Eine solche Karenzzeit müsste in Einklang mit der Berufsfreiheit nach Art. 12 des Grundgesetzes stehen, denn auch ehemalige Minister und Staatssekretäre müssen die Möglichkeit haben, nach Verlust ihrer Ämter wieder in ihre erlernten Berufe zurückzukehren, um mit eigenen Anstrengungen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Da die Öffentlichkeit erwartet, dass Minister und parlamentarische Staatssekretäre, die ihr Amt jederzeit verlieren können, alsbald wieder von eigener Berufstätigkeit leben, hat die SPD in dieser Wahlperiode die Übergangsgelder auf eine Dauer von sechs Monaten bis zu zwei Jahren beschränkt. Damit wäre eine längere umfassende Tätigkeitsbeschränkung kaum zu vereinbaren. Angesichts möglicher finanzieller Folgen ist zu prüfen, ob die mit einer Karenzzeit angestrebten Zwecke mit vertretbarem Aufwand zu erreichen sind. Die Erstreckung der vorgeschlagenen Regelung auf Referatsleiter, die die unterste Führungsebene der Ministerialverwaltung darstellen, erscheint überzogen.

- **Lobbyisten in Ministerien:**

Manche Bestimmungen der Verwaltungsvorschriften könnten strenger gefasst werden. Die Bezahlung von Mitarbeitern durch die entsendende Stelle ist nicht bedenklich, wenn der allgemeine Wissensaustausch im Vordergrund der Tätigkeit steht und nicht die Dienstleistung für die Behörde. Die Berichte des Bundesministeriums werden aufmerksam verfolgt und es wird sich für eine lückenlose und genaue Berichterstattung eingesetzt. Die Berichte sollen auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Anwendungsbereich der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift sollte auch auf befristete Arbeitsverhältnisse erstreckt werden, wenn sie eine Dauer von drei Monaten überschreiten und die externe Person nur beurlaubt ist oder über eine Wiedereinstellungszusage des bisherigen Arbeitgebers verfügt.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die 2005 verschärften Transparenzregeln stehen in einem Spannungsverhältnis zu dem Grundrecht der Berufsfreiheit und der informationellen Selbstbestimmung, sowie zum verfassungsrechtlich festgelegten Status des freien Mandats. Die SPD ist der Ansicht, dass die Verhaltensregeln überarbeitet werden sollten. Dabei sollten insbesondere die Stufen für die Angabe der Nebeneinkünfte ausgebaut und erhöht werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die SPD positioniert sich klar für die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters. Bei den anderen Fragen bleibt sie eher vage oder hinter den Forderungen von LobbyControl zurück. ^[4]

Parteifinanzierung

Die SPD erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 58.597.546,03 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der SPD in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	500.00 0 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall und Elektroindustrie
Daimler	600.00 0 €	
Evonik	360.00 0 €	
BMW	324.22 5 €	
VCI	269.00 0 €	

Weitere Spender der SPD sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen der SPD** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

SPD

Die Einnahmen der letzten Jahre setzten sich wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2015		2014		2013		2012		2011		2010	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,58	30,62	49,98	30,89	49,56	30,21	49,08	32,44	47,55	30,55	45,77	31,11
Mandatsträgerbeiträge	25,42	16,21	24,46	15,11	23,62	14,35	23,04	15,22	22,63	14,54	22,44	15,22
Spenden von natürlichen Personen	8,02	5,12	12,58	7,77	12,05	7,33	8,55	5,65	9,66	6,17	7,88	5,33
Spenden von juristischen Personen	1,78	1,15	1,99	1,29	2,99	1,77	1,99	1,29	2,55	1,60	1,77	1,22
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2,18	1,39	2,13	1,32	3,22	1,93	2,78	1,88	8,25	5,25	8,25	5,55
Aus sonstigem Vermögen	6,80	4,34	7,71	4,76	9,09	5,52	7,34	4,99	8,88	5,67	8,22	5,66
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,35	7,87	12,79	7,91	15,25	9,27	12,61	8,33	13,77	8,78	13,00	8,88
Staatliche Mittel	50,08	31,93	48,65	30,06	47,99	29,11	45,66	30,11	42,44	27,24	39,00	26,55
Sonstige	0,58	0,37	0,99	0,61	0,96	0,58	0,54	0,36	0,44	0,25	1,22	0,88
Summe	156,84 Mio €		161,83 Mio €		164,6 Mio €		151,4 Mio €		155,7 Mio €		147,1 Mio €	

Art der Einnahmen	2012		2011		2010		2009		2008	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,08	32,44	47,55	30,55	45,77	31,11	46,06	26,66	46,77	27,99
Mandatsträgerbeiträge	23,04	15,22	22,63	14,54	22,44	15,22	22,39	12,99	22,22	13,22
Spenden von natürlichen Personen	8,55	5,65	9,66	6,17	7,88	5,33	14,55	8,44	10,33	6,11

Spenden von juristischen Personen	1,9	1,29	2,5	1,60	1,7	1,2	4,2	2,4	2,7	1,6
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2,7	1,8	8,2	5,25	8,2	5,5	10,1	5,9	11,9	7,1
Aus sonstigem Vermögen	7,34	4,9	8,8	5,67	8,2	5,6	10,9	6,3	10,7	6,4
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,61	8,3	13,7	8,78	13,0	8,8	18,0	10,4	14,2	8,5
Staatliche Mittel	45,6	30,1	42,4	27,24	39,0	26,5	39,6	22,9	43,5	26,0
Sonstige	0,54	0,36	0,4	0,25	1,2	0,8	7,6	4,4	5,4	3,2
Summe		151,4	155,7 Mio €	147,1 Mio €	173,3 Mio €	167,5 Mio €				

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

- ↑ [Bei Mitgliederzahlen der Parteien liegt SPD vor CDU](#), Spiegel online vom 16.08.2013, abgerufen am 29. August 2013
- ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
- ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
- ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
- ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Parteivorsitzende/r [Sigmar Gabriel](#)

GeneralsekretärIn [Andrea Nahles](#)

Hauptsitz Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße
140, 10963 Berlin

Mitglieder ca. 472.500 (Stand: August 2013)^[1]

Webadresse <http://www.spd.de>

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	50
1.1 Seitenwechsler	50
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	51
2 Wahlprüfsteine 2013	51
2.1 Lobbyregister	51
2.2 Karenzzeit	51
2.3 Parteienfinanzierung	52
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	52
2.5 Abgeordnetenbestechung	52
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	52
2.7 Wahlprüfsteine 2009	52
3 Parteifinanzierung	53
4 SPD	54
5 Weiterführende Informationen	55
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	55
7 Einzelnachweise	55

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern der SPD, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Im Kapitel zum Thema Demokratie geht das [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) auf alle unsere Themen ein (S. 96). Danach schlägt die SPD vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- einen Verhaltenskodex, nach dem neue Tätigkeiten von ausscheidenden Regierungsmitgliedern durch eine Ethikkommission genehmigt werden müssen.
- Parteienfinanzierung: Deckelung von Großspenden auf 100.000 Euro, Partesponsoring offenlegen
- Nebeneinkünfte: auf Euro und Cent offenlegen.
- Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung erweitern.
- Einführung einer „legislativen Fußspur“: bei Gesetzen soll offen gelegt werden, wie * externe Berater an der Ausarbeitung beteiligt waren.

Über externe Mitarbeiter in Ministerien soll ein jährlicher Bericht Transparenz schaffen (Anm.: Die Berichte sind bisher nicht öffentlich.)

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die SPD fordert ein verpflichtendes Lobbyistenregister. Erfreulich ist das klare Bekenntnis, ein verpflichtendes Lobbyregister schaffen zu wollen.

Karenzzeit

Während einer [Karenzzeit](#) von 18 Monaten sollen neue Jobs von Ex-Regierungsmitgliedern von einer Ethikkommission genehmigt werden. Vorbild ist der Kodex der EU-Kommission. Positiv ist, dass die SPD eine Karenzzeit einführen will. Allerdings können Regierungsmitglieder auch in dieser Zeit neue Jobs annehmen, wenn die geplante Ethikkommission diese genehmigt. Die Wirksamkeit der Regelung hängt also davon ab, wie strikt diese Kommission die Fälle prüfen wird. Wenn die EU-Regelung übernommen wird, dürften ausscheidende Regierungsmitglieder in diesen 18 Monaten immerhin keine Lobbyarbeit betreiben, die ihren ehemaligen Zuständigkeitsbereich betrifft. Insgesamt wäre der SPD-Vorschlag eine Verbesserung – aber er bleibt hinter den LobbyControl-Forderungen zurück.

Parteienfinanzierung

Die SPD will die sofortige Offenlegung von Großspenden ab 25.000 Euro (bisher 50.000 Euro). Außerdem soll es eine Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Jahr für Spenden geben. Das Parteisponsoring soll im Rechenschaftsbericht aufgeführt werden. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD mehr Transparenz und eine Obergrenze für Spenden (allerdings doppelt so hoch wie unser Vorschlag). Allerdings soll die Veröffentlichungsschwelle für Großspenden nur halbiert werden. Und zur Absenkung der Veröffentlichungsschwelle in den Rechenschaftsberichten bezieht die SPD keine Stellung.

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Nebeneinkünfte von Abgeordneten will die SPD betragsgenau veröffentlichen. Anwälte/Berater sollen die Branchen ihrer Kunden nennen. Bei Vorträgen, die über Redneragenturen gebucht werden, sollen die Auftraggeber offen gelegt werden. Bei den Nebeneinkünften unterstützt die SPD unsere Forderungen.

Abgeordnetenbestechung

Die SPD hält eine umfassendere Regelung für dringend erforderlich. Die SPD hat bereits einen Gesetzesentwurf vorgelegt und wird diesen nach der Wahl erneut einbringen. Die SPD hat einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorlegt. Das begrüßen wir.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die SPD unterstützt die meisten Forderungen von LobbyControl. An einzelnen Punkten gibt es aber Abweichungen: Der Vorschlag für Seitenwechsel von Regierungsmitgliedern ist begrenzter. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD eine Obergrenze und die Offenlegung von Sponsoring. Bei den Parteispenden will sie aber nur kleine Transparenzfortschritte.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- Karenzzeit:

Eine solche Karenzzeit müsste in Einklang mit der Berufsfreiheit nach Art. 12 des Grundgesetzes stehen, denn auch ehemalige Minister und Staatssekretäre müssen die Möglichkeit haben, nach Verlust ihrer Ämter wieder in ihre erlernten Berufe zurückzukehren, um mit eigenen Anstrengungen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Da die Öffentlichkeit erwartet, dass Minister und parlamentarische Staatssekretäre, die ihr Amt jederzeit verlieren können, alsbald wieder von eigener Berufstätigkeit leben, hat die SPD in dieser Wahlperiode die Übergangsgelder auf eine Dauer von sechs Monaten bis zu zwei Jahren beschränkt. Damit wäre eine längere umfassende Tätigkeitsbeschränkung kaum zu vereinbaren. Angesichts möglicher finanzieller Folgen ist zu prüfen, ob die mit einer Karenzzeit angestrebten Zwecke mit vertretbarem Aufwand zu erreichen sind. Die Erstreckung der vorgeschlagenen Regelung auf Referatsleiter, die die unterste Führungsebene der Ministerialverwaltung darstellen, erscheint überzogen.

- Lobbyisten in Ministerien:

Manche Bestimmungen der Verwaltungsvorschriften könnten strenger gefasst werden. Die Bezahlung von Mitarbeitern durch die entsendende Stelle ist nicht bedenklich, wenn der allgemeine Wissensaustausch im Vordergrund der Tätigkeit steht und nicht die Dienstleistung für die Behörde. Die Berichte des Bundesministeriums werden aufmerksam verfolgt und es wird sich für eine lückenlose und genaue Berichterstattung eingesetzt. Die Berichte sollen auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Anwendungsbereich der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift sollte auch auf befristete Arbeitsverhältnisse erstreckt werden, wenn sie eine Dauer von drei Monaten überschreiten und die externe Person nur beurlaubt ist oder über eine Wiedereinstellungszusage des bisherigen Arbeitgebers verfügt.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die 2005 verschärften Transparenzregeln stehen in einem Spannungsverhältnis zu dem Grundrecht der Berufsfreiheit und der informationellen Selbstbestimmung, sowie zum verfassungsrechtlich festgelegten Status des freien Mandats. Die SPD ist der Ansicht, dass die Verhaltensregeln überarbeitet werden sollten. Dabei sollten insbesondere die Stufen für die Angabe der Nebeneinkünfte ausgebaut und erhöht werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die SPD positioniert sich klar für die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters. Bei den anderen Fragen bleibt sie eher vage oder hinter den Forderungen von LobbyControl zurück. ^[4]

Parteifinanzierung

Die SPD erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 58.597.546,03 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der SPD in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	500.000 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall und Elektroindustrie
Daimler	600.000 €	

Evonik	360.00 0 €	
BMW	324.22 5 €	
VCI	269.00 0 €	

Weitere Spender der SPD sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen der SPD** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

SPD

Die Einnahmen der letzten Jahre setzten sich wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2015		2014		2013		2012		2011		2010	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,5 8	30,6 2	49,9 8	30,8 9	49,5 6	30,2 1	49,0 8	32, 4	47, 5	30, 5	45, 7	31, 1
Mandatsträgerbeiträge	25,4 2	16,2 1	24,4 6	15,1 1	23,6 2	14,3 5	23,0 4	15,2 2	22,6 3	14,5 4	22, 4	15, 2
Spenden von natürlichen Personen	8,0 2	5,1 2	12,5 8	7,7 7	12,0 5	7,3 3	8, 5	5,6 5	9, 6	6,1 7	7, 8	5, 3
Spenden von juristischen Personen	1,7 8	1,1 5	1, 9	1,2 9	2, 9	1,7 7	1, 9	1,2 9	2, 5	1,6 0	1, 7	1, 2
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2,1 8	1,3 9	2,1 3	1,3 2	3, 2	1,9 3	2, 7	1, 8	8, 2	5,2 5	8, 2	5, 5
Aus sonstigem Vermögen	6,8 0	4,3 4	7,7 1	4,7 6	9,0 9	5,5 2	7,3 4	4, 9	8, 8	5,6 7	8, 2	5, 6
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,3 5	7,8 7	12,7 9	7,9 1	15,2 5	9,2 7	12,6 1	8, 3	13, 7	8,7 8	13, 0	8, 8
Staatliche Mittel	50,0 8	31,9 3	48,6 5	30,0 6	47, 9	29,1 1	45, 6	30, 1	42, 4	27,2 4	39, 0	26, 5
Sonstige	0,5 8	0,3 7	0,9 9	0,6 1	0,9 6	0,5 8	0,5 4	0,3 6	0, 4	0,2 5	1, 2	0, 8
Summe	156,84 Mio €		161,83 Mio €		164,6 Mio €		151,4 Mio €		155,7 Mio €		147,1 Mio €	

	2012	2011	2010	2009	2008
--	-------------	-------------	-------------	-------------	-------------

Art der Einnahmen	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,08	32,4	47,5	30,5	45,7	31,1	46,0	26,6	46,7	27,9
Mandatsträgerbeiträge	23,04	15,22	22,63	14,54	22,4	15,2	22,3	12,9	22,2	13,2
Spenden von natürlichen Personen	8,5	5,65	9,6	6,17	7,8	5,3	14,5	8,4	10,3	6,1
Spenden von juristischen Personen	1,9	1,29	2,5	1,60	1,7	1,2	4,2	2,4	2,7	1,6
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2,7	1,8	8,2	5,25	8,2	5,5	10,1	5,9	11,9	7,1
Aus sonstigem Vermögen	7,34	4,9	8,8	5,67	8,2	5,6	10,9	6,3	10,7	6,4
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,61	8,3	13,7	8,78	13,0	8,8	18,0	10,4	14,2	8,5
Staatliche Mittel	45,6	30,1	42,4	27,24	39,0	26,5	39,6	22,9	43,5	26,0
Sonstige	0,54	0,36	0,4	0,25	1,2	0,8	7,6	4,4	5,4	3,2
Summe		151,4		155,7 Mio €		147,1 Mio €		173,3 Mio €		167,5 Mio €

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Bei Mitgliederzahlen der Parteien liegt SPD vor CDU](#), Spiegel online vom 16.08.2013, abgerufen am 29. August 2013

2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Parteivorsitzende/r [Sigmar Gabriel](#)

GeneralsekretärIn [Andrea Nahles](#)

Hauptsitz Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße
140, 10963 Berlin

Mitglieder ca. 472.500 (Stand: August 2013)^[1]

Webadresse <http://www.spd.de>

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	57
1.1 Seitenwechsler	57
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	57
2 Wahlprüfsteine 2013	57
2.1 Lobbyregister	57
2.2 Karenzzeit	57
2.3 Parteienfinanzierung	58
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	58
2.5 Abgeordnetenbestechung	58
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	58
2.7 Wahlprüfsteine 2009	58
3 Parteifinanzierung	59
4 SPD	60
5 Weiterführende Informationen	61
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	61
7 Einzelnachweise	61

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern der SPD, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Im Kapitel zum Thema Demokratie geht das [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) auf alle unsere Themen ein (S. 96). Danach schlägt die SPD vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- einen Verhaltenskodex, nach dem neue Tätigkeiten von ausscheidenden Regierungsmitgliedern durch eine Ethikkommission genehmigt werden müssen.
- Parteienfinanzierung: Deckelung von Großspenden auf 100.000 Euro, Partesponsoring offenlegen
- Nebeneinkünfte: auf Euro und Cent offenlegen.
- Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung erweitern.
- Einführung einer „legislativen Fußspur“: bei Gesetzen soll offen gelegt werden, wie * externe Berater an der Ausarbeitung beteiligt waren.

Über externe Mitarbeiter in Ministerien soll ein jährlicher Bericht Transparenz schaffen (Anm.: Die Berichte sind bisher nicht öffentlich.)

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die SPD fordert ein verpflichtendes Lobbyistenregister. Erfreulich ist das klare Bekenntnis, ein verpflichtendes Lobbyregister schaffen zu wollen.

Karenzzeit

Während einer [Karenzzeit](#) von 18 Monaten sollen neue Jobs von Ex-Regierungsmitgliedern von einer Ethikkommission genehmigt werden. Vorbild ist der Kodex der EU-Kommission. Positiv ist, dass die SPD eine Karenzzeit einführen will. Allerdings können Regierungsmitglieder auch in dieser Zeit neue Jobs annehmen, wenn die geplante Ethikkommission diese genehmigt. Die Wirksamkeit der Regelung hängt also davon ab, wie strikt diese Kommission die Fälle prüfen wird. Wenn die EU-Regelung übernommen wird, dürften ausscheidende Regierungsmitglieder in diesen 18 Monaten immerhin keine Lobbyarbeit betreiben, die ihren ehemaligen Zuständigkeitsbereich betrifft. Insgesamt wäre der SPD-Vorschlag eine Verbesserung – aber er bleibt hinter den LobbyControl-Forderungen zurück.

Parteienfinanzierung

Die SPD will die sofortige Offenlegung von Großspenden ab 25.000 Euro (bisher 50.000 Euro). Außerdem soll es eine Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Jahr für Spenden geben. Das Parteisponsoring soll im Rechenschaftsbericht aufgeführt werden. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD mehr Transparenz und eine Obergrenze für Spenden (allerdings doppelt so hoch wie unser Vorschlag). Allerdings soll die Veröffentlichungsschwelle für Großspenden nur halbiert werden. Und zur Absenkung der Veröffentlichungsschwelle in den Rechenschaftsberichten bezieht die SPD keine Stellung.

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Nebeninkünfte von Abgeordneten will die SPD betragsgenau veröffentlichen. Anwälte/Berater sollen die Branchen ihrer Kunden nennen. Bei Vorträgen, die über Redneragenturen gebucht werden, sollen die Auftraggeber offen gelegt werden. Bei den Nebeninkünften unterstützt die SPD unsere Forderungen.

Abgeordnetenbestechung

Die SPD hält eine umfassendere Regelung für dringend erforderlich. Die SPD hat bereits einen Gesetzesentwurf vorgelegt und wird diesen nach der Wahl erneut einbringen. Die SPD hat einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorlegt. Das begrüßen wir.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die SPD unterstützt die meisten Forderungen von LobbyControl. An einzelnen Punkten gibt es aber Abweichungen: Der Vorschlag für Seitenwechsel von Regierungsmitgliedern ist begrenzter. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD eine Obergrenze und die Offenlegung von Sponsoring. Bei den Parteispenden will sie aber nur kleine Transparenzfortschritte.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- **Karenzzeit:**

Eine solche Karenzzeit müsste in Einklang mit der Berufsfreiheit nach Art. 12 des Grundgesetzes stehen, denn auch ehemalige Minister und Staatssekretäre müssen die Möglichkeit haben, nach Verlust ihrer Ämter wieder in ihre erlernten Berufe zurückzukehren, um mit eigenen Anstrengungen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Da die Öffentlichkeit erwartet, dass Minister und parlamentarische Staatssekretäre, die ihr Amt jederzeit verlieren können, alsbald wieder von eigener Berufstätigkeit leben, hat die SPD in dieser Wahlperiode die Übergangsgelder auf eine Dauer von sechs Monaten bis zu zwei Jahren beschränkt. Damit wäre eine längere umfassende Tätigkeitsbeschränkung kaum zu vereinbaren. Angesichts möglicher finanzieller Folgen ist zu prüfen, ob die mit einer Karenzzeit angestrebten Zwecke mit vertretbarem Aufwand zu erreichen sind. Die Erstreckung der vorgeschlagenen Regelung auf Referatsleiter, die die unterste Führungsebene der Ministerialverwaltung darstellen, erscheint überzogen.

- **Lobbyisten in Ministerien:**

Manche Bestimmungen der Verwaltungsvorschriften könnten strenger gefasst werden. Die Bezahlung von Mitarbeitern durch die entsendende Stelle ist nicht bedenklich, wenn der allgemeine Wissensaustausch im Vordergrund der Tätigkeit steht und nicht die Dienstleistung für die Behörde. Die Berichte des Bundesministeriums werden aufmerksam verfolgt und es wird sich für eine lückenlose und genaue Berichterstattung eingesetzt. Die Berichte sollen auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Anwendungsbereich der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift sollte auch auf befristete Arbeitsverhältnisse erstreckt werden, wenn sie eine Dauer von drei Monaten überschreiten und die externe Person nur beurlaubt ist oder über eine Wiedereinstellungszusage des bisherigen Arbeitgebers verfügt.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die 2005 verschärften Transparenzregeln stehen in einem Spannungsverhältnis zu dem Grundrecht der Berufsfreiheit und der informationellen Selbstbestimmung, sowie zum verfassungsrechtlich festgelegten Status des freien Mandats. Die SPD ist der Ansicht, dass die Verhaltensregeln überarbeitet werden sollten. Dabei sollten insbesondere die Stufen für die Angabe der Nebeneinkünfte ausgebaut und erhöht werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die SPD positioniert sich klar für die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters. Bei den anderen Fragen bleibt sie eher vage oder hinter den Forderungen von LobbyControl zurück. ^[4]

Parteifinanzierung

Die SPD erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 58.597.546,03 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der SPD in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	500.00 0 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall und Elektroindustrie
Daimler	600.00 0 €	
Evonik	360.00 0 €	
BMW	324.22 5 €	
VCI	269.00 0 €	

Weitere Spender der SPD sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen der SPD** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

SPD

Die Einnahmen der letzten Jahre setzten sich wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2015		2014		2013		2012		2011		2010	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,58	30,62	49,98	30,89	49,56	30,21	49,08	32,44	47,55	30,55	45,77	31,11
Mandatsträgerbeiträge	25,42	16,21	24,46	15,11	23,62	14,35	23,04	15,22	22,63	14,54	22,44	15,22
Spenden von natürlichen Personen	8,02	5,12	12,58	7,77	12,05	7,33	8,55	5,65	9,66	6,17	7,88	5,33
Spenden von juristischen Personen	1,78	1,15	1,99	1,29	2,99	1,77	1,99	1,29	2,55	1,60	1,77	1,22
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2,18	1,39	2,13	1,32	3,22	1,93	2,78	1,88	8,25	5,25	8,25	5,55
Aus sonstigem Vermögen	6,80	4,34	7,71	4,76	9,09	5,52	7,34	4,99	8,88	5,67	8,26	5,66
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,35	7,87	12,79	7,91	15,25	9,27	12,61	8,33	13,77	8,78	13,00	8,88
Staatliche Mittel	50,08	31,93	48,65	30,06	47,99	29,11	45,66	30,11	42,44	27,24	39,00	26,55
Sonstige	0,58	0,37	0,99	0,61	0,96	0,58	0,54	0,36	0,44	0,25	1,22	0,88
Summe	156,84 Mio €		161,83 Mio €		164,6 Mio €		151,4 Mio €		155,7 Mio €		147,1 Mio €	

Art der Einnahmen	2012		2011		2010		2009		2008	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,08	32,44	47,55	30,55	45,77	31,11	46,06	26,66	46,77	27,99
Mandatsträgerbeiträge	23,04	15,22	22,63	14,54	22,44	15,22	22,39	12,99	22,22	13,22
Spenden von natürlichen Personen	8,55	5,65	9,66	6,17	7,88	5,33	14,55	8,44	10,33	6,11

Spenden von juristischen Personen	1,9	1,29	2,5	1,60	1,7	1,2	4,2	2,4	2,7	1,6
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2,7	1,8	8,2	5,25	8,2	5,5	10,1	5,9	11,9	7,1
Aus sonstigem Vermögen	7,34	4,9	8,8	5,67	8,2	5,6	10,9	6,3	10,7	6,4
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,61	8,3	13,7	8,78	13,0	8,8	18,0	10,4	14,2	8,5
Staatliche Mittel	45,6	30,1	42,4	27,24	39,0	26,5	39,6	22,9	43,5	26,0
Sonstige	0,54	0,36	0,4	0,25	1,2	0,8	7,6	4,4	5,4	3,2
Summe		151,4	155,7 Mio €	147,1 Mio €	173,3 Mio €	167,5 Mio €				

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Bei Mitgliederzahlen der Parteien liegt SPD vor CDU](#), Spiegel online vom 16.08.2013, abgerufen am 29. August 2013
2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Parteivorsitzende/r [Sigmar Gabriel](#)

GeneralsekretärIn [Andrea Nahles](#)

Hauptsitz Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße
140, 10963 Berlin

Mitglieder ca. 472.500 (Stand: August 2013)^[1]

Webadresse <http://www.spd.de>

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	62
1.1 Seitenwechsler	62
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	63
2 Wahlprüfsteine 2013	63
2.1 Lobbyregister	63
2.2 Karenzzeit	63
2.3 Parteienfinanzierung	64
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	64
2.5 Abgeordnetenbestechung	64
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	64
2.7 Wahlprüfsteine 2009	64
3 Parteifinanzierung	65
4 SPD	66
5 Weiterführende Informationen	67
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	67
7 Einzelnachweise	67

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern der SPD, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Im Kapitel zum Thema Demokratie geht das [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) auf alle unsere Themen ein (S. 96). Danach schlägt die SPD vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- einen Verhaltenskodex, nach dem neue Tätigkeiten von ausscheidenden Regierungsmitgliedern durch eine Ethikkommission genehmigt werden müssen.
- Parteienfinanzierung: Deckelung von Großspenden auf 100.000 Euro, Partesponsoring offenlegen
- Nebeneinkünfte: auf Euro und Cent offenlegen.
- Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung erweitern.
- Einführung einer „legislativen Fußspur“: bei Gesetzen soll offen gelegt werden, wie * externe Berater an der Ausarbeitung beteiligt waren.

Über externe Mitarbeiter in Ministerien soll ein jährlicher Bericht Transparenz schaffen (Anm.: Die Berichte sind bisher nicht öffentlich.)

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die SPD fordert ein verpflichtendes Lobbyistenregister. Erfreulich ist das klare Bekenntnis, ein verpflichtendes Lobbyregister schaffen zu wollen.

Karenzzeit

Während einer [Karenzzeit](#) von 18 Monaten sollen neue Jobs von Ex-Regierungsmitgliedern von einer Ethikkommission genehmigt werden. Vorbild ist der Kodex der EU-Kommission. Positiv ist, dass die SPD eine Karenzzeit einführen will. Allerdings können Regierungsmitglieder auch in dieser Zeit neue Jobs annehmen, wenn die geplante Ethikkommission diese genehmigt. Die Wirksamkeit der Regelung hängt also davon ab, wie strikt diese Kommission die Fälle prüfen wird. Wenn die EU-Regelung übernommen wird, dürften ausscheidende Regierungsmitglieder in diesen 18 Monaten immerhin keine Lobbyarbeit betreiben, die ihren ehemaligen Zuständigkeitsbereich betrifft. Insgesamt wäre der SPD-Vorschlag eine Verbesserung – aber er bleibt hinter den LobbyControl-Forderungen zurück.

Parteienfinanzierung

Die SPD will die sofortige Offenlegung von Großspenden ab 25.000 Euro (bisher 50.000 Euro). Außerdem soll es eine Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Jahr für Spenden geben. Das Parteisponsoring soll im Rechenschaftsbericht aufgeführt werden. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD mehr Transparenz und eine Obergrenze für Spenden (allerdings doppelt so hoch wie unser Vorschlag). Allerdings soll die Veröffentlichungsschwelle für Großspenden nur halbiert werden. Und zur Absenkung der Veröffentlichungsschwelle in den Rechenschaftsberichten bezieht die SPD keine Stellung.

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Nebeneinkünfte von Abgeordneten will die SPD betragsgenau veröffentlichen. Anwälte/Berater sollen die Branchen ihrer Kunden nennen. Bei Vorträgen, die über Redneragenturen gebucht werden, sollen die Auftraggeber offen gelegt werden. Bei den Nebeneinkünften unterstützt die SPD unsere Forderungen.

Abgeordnetenbestechung

Die SPD hält eine umfassendere Regelung für dringend erforderlich. Die SPD hat bereits einen Gesetzesentwurf vorgelegt und wird diesen nach der Wahl erneut einbringen. Die SPD hat einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorlegt. Das begrüßen wir.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die SPD unterstützt die meisten Forderungen von LobbyControl. An einzelnen Punkten gibt es aber Abweichungen: Der Vorschlag für Seitenwechsel von Regierungsmitgliedern ist begrenzter. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD eine Obergrenze und die Offenlegung von Sponsoring. Bei den Parteispenden will sie aber nur kleine Transparenzfortschritte.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- Karenzzeit:

Eine solche Karenzzeit müsste in Einklang mit der Berufsfreiheit nach Art. 12 des Grundgesetzes stehen, denn auch ehemalige Minister und Staatssekretäre müssen die Möglichkeit haben, nach Verlust ihrer Ämter wieder in ihre erlernten Berufe zurückzukehren, um mit eigenen Anstrengungen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Da die Öffentlichkeit erwartet, dass Minister und parlamentarische Staatssekretäre, die ihr Amt jederzeit verlieren können, alsbald wieder von eigener Berufstätigkeit leben, hat die SPD in dieser Wahlperiode die Übergangsgelder auf eine Dauer von sechs Monaten bis zu zwei Jahren beschränkt. Damit wäre eine längere umfassende Tätigkeitsbeschränkung kaum zu vereinbaren. Angesichts möglicher finanzieller Folgen ist zu prüfen, ob die mit einer Karenzzeit angestrebten Zwecke mit vertretbarem Aufwand zu erreichen sind. Die Erstreckung der vorgeschlagenen Regelung auf Referatsleiter, die die unterste Führungsebene der Ministerialverwaltung darstellen, erscheint überzogen.

- Lobbyisten in Ministerien:

Manche Bestimmungen der Verwaltungsvorschriften könnten strenger gefasst werden. Die Bezahlung von Mitarbeitern durch die entsendende Stelle ist nicht bedenklich, wenn der allgemeine Wissensaustausch im Vordergrund der Tätigkeit steht und nicht die Dienstleistung für die Behörde. Die Berichte des Bundesministeriums werden aufmerksam verfolgt und es wird sich für eine lückenlose und genaue Berichterstattung eingesetzt. Die Berichte sollen auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Anwendungsbereich der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift sollte auch auf befristete Arbeitsverhältnisse erstreckt werden, wenn sie eine Dauer von drei Monaten überschreiten und die externe Person nur beurlaubt ist oder über eine Wiedereinstellungszusage des bisherigen Arbeitgebers verfügt.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die 2005 verschärften Transparenzregeln stehen in einem Spannungsverhältnis zu dem Grundrecht der Berufsfreiheit und der informationellen Selbstbestimmung, sowie zum verfassungsrechtlich festgelegten Status des freien Mandats. Die SPD ist der Ansicht, dass die Verhaltensregeln überarbeitet werden sollten. Dabei sollten insbesondere die Stufen für die Angabe der Nebeneinkünfte ausgebaut und erhöht werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die SPD positioniert sich klar für die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters. Bei den anderen Fragen bleibt sie eher vage oder hinter den Forderungen von LobbyControl zurück. ^[4]

Parteifinanzierung

Die SPD erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 58.597.546,03 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der SPD in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	500.000 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall und Elektroindustrie
Daimler	600.000 €	

Evonik	360.00 0 €	
BMW	324.22 5 €	
VCI	269.00 0 €	

Weitere Spender der SPD sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen der SPD** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

SPD

Die Einnahmen der letzten Jahre setzten sich wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2015		2014		2013		2012		2011		2010	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,5 8	30,6 2	49,9 8	30,8 9	49,5 6	30,2 1	49,0 8	32, 4	47, 5	30, 5	45, 7	31, 1
Mandatsträgerbeiträge	25,4 2	16,2 1	24,4 6	15,1 1	23,6 2	14,3 5	23,0 4	15,2 2	22,6 3	14,5 4	22, 4	15, 2
Spenden von natürlichen Personen	8,0 2	5,1 2	12,5 8	7,7 7	12,0 5	7,3 3	8, 5	5,6 5	9, 6	6,1 7	7, 8	5, 3
Spenden von juristischen Personen	1,7 8	1,1 5	1, 9	1,2 9	2, 9	1,7 7	1, 9	1,2 9	2, 5	1,6 0	1, 7	1, 2
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2,1 8	1,3 9	2,1 3	1,3 2	3, 2	1,9 3	2, 7	1, 8	8, 2	5,2 5	8, 2	5, 5
Aus sonstigem Vermögen	6,8 0	4,3 4	7,7 1	4,7 6	9,0 9	5,5 2	7,3 4	4, 9	8, 8	5,6 7	8, 2	5, 6
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,3 5	7,8 7	12,7 9	7,9 1	15,2 5	9,2 7	12,6 1	8, 3	13, 7	8,7 8	13, 0	8, 8
Staatliche Mittel	50,0 8	31,9 3	48,6 5	30,0 6	47, 9	29,1 1	45, 6	30, 1	42, 4	27,2 4	39, 0	26, 5
Sonstige	0,5 8	0,3 7	0,9 9	0,6 1	0,9 6	0,5 8	0,5 4	0,3 6	0, 4	0,2 5	1, 2	0, 8
Summe	156,84 Mio €		161,83 Mio €		164,6 Mio €		151,4 Mio €		155,7 Mio €		147,1 Mio €	

	2012	2011	2010	2009	2008
--	-------------	-------------	-------------	-------------	-------------

Art der Einnahmen	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,08	32,4	47,5	30,5	45,7	31,1	46,0	26,6	46,7	27,9
Mandatsträgerbeiträge	23,04	15,22	22,63	14,54	22,4	15,2	22,3	12,9	22,2	13,2
Spenden von natürlichen Personen	8,5	5,65	9,6	6,17	7,8	5,3	14,5	8,4	10,3	6,1
Spenden von juristischen Personen	1,9	1,29	2,5	1,60	1,7	1,2	4,2	2,4	2,7	1,6
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2,7	1,8	8,2	5,25	8,2	5,5	10,1	5,9	11,9	7,1
Aus sonstigem Vermögen	7,34	4,9	8,8	5,67	8,2	5,6	10,9	6,3	10,7	6,4
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,61	8,3	13,7	8,78	13,0	8,8	18,0	10,4	14,2	8,5
Staatliche Mittel	45,6	30,1	42,4	27,24	39,0	26,5	39,6	22,9	43,5	26,0
Sonstige	0,54	0,36	0,4	0,25	1,2	0,8	7,6	4,4	5,4	3,2
Summe		151,4		155,7 Mio €		147,1 Mio €		173,3 Mio €		167,5 Mio €

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Bei Mitgliederzahlen der Parteien liegt SPD vor CDU](#), Spiegel online vom 16.08.2013, abgerufen am 29. August 2013

2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Parteivorsitzende/r [Sigmar Gabriel](#)

GeneralsekretärIn [Andrea Nahles](#)

Hauptsitz Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße
140, 10963 Berlin

Mitglieder ca. 472.500 (Stand: August 2013)^[1]

Webadresse <http://www.spd.de>

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	69
1.1 Seitenwechsler	69
1.2 Wahlprogramm und Lobbykritik	69
2 Wahlprüfsteine 2013	69
2.1 Lobbyregister	69
2.2 Karenzzeit	69
2.3 Parteienfinanzierung	70
2.4 Nebeneinkünfte von Abgeordneten	70
2.5 Abgeordnetenbestechung	70
2.6 Abschließendes Fazit von LobbyControl	70
2.7 Wahlprüfsteine 2009	70
3 Parteifinanzierung	71
4 SPD	72
5 Weiterführende Informationen	73
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	73
7 Einzelnachweise	73

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern der SPD, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprogramm und Lobbykritik

Im Kapitel zum Thema Demokratie geht das [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) auf alle unsere Themen ein (S. 96). Danach schlägt die SPD vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- einen Verhaltenskodex, nach dem neue Tätigkeiten von ausscheidenden Regierungsmitgliedern durch eine Ethikkommission genehmigt werden müssen.
- Parteienfinanzierung: Deckelung von Großspenden auf 100.000 Euro, Partesponsoring offenlegen
- Nebeneinkünfte: auf Euro und Cent offenlegen.
- Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung erweitern.
- Einführung einer „legislativen Fußspur“: bei Gesetzen soll offen gelegt werden, wie * externe Berater an der Ausarbeitung beteiligt waren.

Über externe Mitarbeiter in Ministerien soll ein jährlicher Bericht Transparenz schaffen (Anm.: Die Berichte sind bisher nicht öffentlich.)

Wahlprüfsteine 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2]

Lobbyregister

Die SPD fordert ein verpflichtendes Lobbyistenregister. Erfreulich ist das klare Bekenntnis, ein verpflichtendes Lobbyregister schaffen zu wollen.

Karenzzeit

Während einer [Karenzzeit](#) von 18 Monaten sollen neue Jobs von Ex-Regierungsmitgliedern von einer Ethikkommission genehmigt werden. Vorbild ist der Kodex der EU-Kommission. Positiv ist, dass die SPD eine Karenzzeit einführen will. Allerdings können Regierungsmitglieder auch in dieser Zeit neue Jobs annehmen, wenn die geplante Ethikkommission diese genehmigt. Die Wirksamkeit der Regelung hängt also davon ab, wie strikt diese Kommission die Fälle prüfen wird. Wenn die EU-Regelung übernommen wird, dürften ausscheidende Regierungsmitglieder in diesen 18 Monaten immerhin keine Lobbyarbeit betreiben, die ihren ehemaligen Zuständigkeitsbereich betrifft. Insgesamt wäre der SPD-Vorschlag eine Verbesserung – aber er bleibt hinter den LobbyControl-Forderungen zurück.

Parteienfinanzierung

Die SPD will die sofortige Offenlegung von Großspenden ab 25.000 Euro (bisher 50.000 Euro). Außerdem soll es eine Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Jahr für Spenden geben. Das Parteisponsoring soll im Rechenschaftsbericht aufgeführt werden. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD mehr Transparenz und eine Obergrenze für Spenden (allerdings doppelt so hoch wie unser Vorschlag). Allerdings soll die Veröffentlichungsschwelle für Großspenden nur halbiert werden. Und zur Absenkung der Veröffentlichungsschwelle in den Rechenschaftsberichten bezieht die SPD keine Stellung.

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Die Nebeneinkünfte von Abgeordneten will die SPD betragsgenau veröffentlichen. Anwälte/Berater sollen die Branchen ihrer Kunden nennen. Bei Vorträgen, die über Redneragenturen gebucht werden, sollen die Auftraggeber offen gelegt werden. Bei den Nebeneinkünften unterstützt die SPD unsere Forderungen.

Abgeordnetenbestechung

Die SPD hält eine umfassendere Regelung für dringend erforderlich. Die SPD hat bereits einen Gesetzesentwurf vorgelegt und wird diesen nach der Wahl erneut einbringen. Die SPD hat einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorlegt. Das begrüßen wir.

Abschließendes Fazit von LobbyControl

Die SPD unterstützt die meisten Forderungen von LobbyControl. An einzelnen Punkten gibt es aber Abweichungen: Der Vorschlag für Seitenwechsel von Regierungsmitgliedern ist begrenzter. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD eine Obergrenze und die Offenlegung von Sponsoring. Bei den Parteispenden will sie aber nur kleine Transparenzfortschritte.

Wahlprüfsteine 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien auch um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[3]

- **Karenzzeit:**

Eine solche Karenzzeit müsste in Einklang mit der Berufsfreiheit nach Art. 12 des Grundgesetzes stehen, denn auch ehemalige Minister und Staatssekretäre müssen die Möglichkeit haben, nach Verlust ihrer Ämter wieder in ihre erlernten Berufe zurückzukehren, um mit eigenen Anstrengungen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Da die Öffentlichkeit erwartet, dass Minister und parlamentarische Staatssekretäre, die ihr Amt jederzeit verlieren können, alsbald wieder von eigener Berufstätigkeit leben, hat die SPD in dieser Wahlperiode die Übergangsgelder auf eine Dauer von sechs Monaten bis zu zwei Jahren beschränkt. Damit wäre eine längere umfassende Tätigkeitsbeschränkung kaum zu vereinbaren. Angesichts möglicher finanzieller Folgen ist zu prüfen, ob die mit einer Karenzzeit angestrebten Zwecke mit vertretbarem Aufwand zu erreichen sind. Die Erstreckung der vorgeschlagenen Regelung auf Referatsleiter, die die unterste Führungsebene der Ministerialverwaltung darstellen, erscheint überzogen.

- **Lobbyisten in Ministerien:**

Manche Bestimmungen der Verwaltungsvorschriften könnten strenger gefasst werden. Die Bezahlung von Mitarbeitern durch die entsendende Stelle ist nicht bedenklich, wenn der allgemeine Wissensaustausch im Vordergrund der Tätigkeit steht und nicht die Dienstleistung für die Behörde. Die Berichte des Bundesministeriums werden aufmerksam verfolgt und es wird sich für eine lückenlose und genaue Berichterstattung eingesetzt. Die Berichte sollen auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Anwendungsbereich der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift sollte auch auf befristete Arbeitsverhältnisse erstreckt werden, wenn sie eine Dauer von drei Monaten überschreiten und die externe Person nur beurlaubt ist oder über eine Wiedereinstellungszusage des bisherigen Arbeitgebers verfügt.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

Die 2005 verschärften Transparenzregeln stehen in einem Spannungsverhältnis zu dem Grundrecht der Berufsfreiheit und der informationellen Selbstbestimmung, sowie zum verfassungsrechtlich festgelegten Status des freien Mandats. Die SPD ist der Ansicht, dass die Verhaltensregeln überarbeitet werden sollten. Dabei sollten insbesondere die Stufen für die Angabe der Nebeneinkünfte ausgebaut und erhöht werden.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Die SPD positioniert sich klar für die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters. Bei den anderen Fragen bleibt sie eher vage oder hinter den Forderungen von LobbyControl zurück. ^[4]

Parteifinanzierung

Die SPD erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 58.597.546,03 Euro an Parteispenden, davon 0 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Topspender der SPD in den Jahren 2011-2015 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände)	500.00 0 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall und Elektroindustrie
Daimler	600.00 0 €	
Evonik	360.00 0 €	
BMW	324.22 5 €	
VCI	269.00 0 €	

Weitere Spender der SPD sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Die **Gesamteinnahmen der SPD** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

SPD

Die Einnahmen der letzten Jahre setzten sich wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2015		2014		2013		2012		2011		2010	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,58	30,62	49,98	30,89	49,56	30,21	49,08	32,44	47,55	30,55	45,77	31,11
Mandatsträgerbeiträge	25,42	16,21	24,46	15,11	23,62	14,35	23,04	15,22	22,63	14,54	22,44	15,22
Spenden von natürlichen Personen	8,02	5,12	12,58	7,77	12,05	7,33	8,55	5,65	9,66	6,17	7,88	5,33
Spenden von juristischen Personen	1,78	1,15	1,99	1,29	2,99	1,77	1,99	1,29	2,55	1,60	1,77	1,22
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2,18	1,39	2,13	1,32	3,22	1,93	2,78	1,88	8,25	5,25	8,25	5,55
Aus sonstigem Vermögen	6,80	4,34	7,71	4,76	9,09	5,52	7,34	4,99	8,88	5,67	8,26	5,66
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,35	7,87	12,79	7,91	15,25	9,27	12,61	8,33	13,77	8,78	13,00	8,88
Staatliche Mittel	50,08	31,93	48,65	30,06	47,99	29,11	45,66	30,11	42,44	27,24	39,00	26,55
Sonstige	0,58	0,37	0,99	0,61	0,96	0,58	0,54	0,36	0,44	0,25	1,22	0,88
Summe	156,84 Mio €		161,83 Mio €		164,6 Mio €		151,4 Mio €		155,7 Mio €		147,1 Mio €	

Art der Einnahmen	2012		2011		2010		2009		2008	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	49,08	32,44	47,55	30,55	45,77	31,11	46,06	26,66	46,77	27,99
Mandatsträgerbeiträge	23,04	15,22	22,63	14,54	22,44	15,22	22,39	12,99	22,22	13,22
Spenden von natürlichen Personen	8,55	5,65	9,66	6,17	7,88	5,33	14,55	8,44	10,33	6,11

Spenden von juristischen Personen	1,9	1,29	2,5	1,60	1,7	1,2	4,2	2,4	2,7	1,6
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	2,7	1,8	8,2	5,25	8,2	5,5	10,1	5,9	11,9	7,1
Aus sonstigem Vermögen	7,34	4,9	8,8	5,67	8,2	5,6	10,9	6,3	10,7	6,4
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	12,61	8,3	13,7	8,78	13,0	8,8	18,0	10,4	14,2	8,5
Staatliche Mittel	45,6	30,1	42,4	27,24	39,0	26,5	39,6	22,9	43,5	26,0
Sonstige	0,54	0,36	0,4	0,25	1,2	0,8	7,6	4,4	5,4	3,2
Summe		151,4	155,7 Mio €	147,1 Mio €	173,3 Mio €	167,5 Mio €				

Quellen:^[5]

Hier geht es zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Bei Mitgliederzahlen der Parteien liegt SPD vor CDU](#), Spiegel online vom 16.08.2013, abgerufen am 29. August 2013
2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017